

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 8.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Monatszeitschrift 20 Pfennig...

Kiosken für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 9. April 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Faschistenterror in Rom.

Die Wohnungen von Modigliani, Amendola und der Genossin Oda Olberg-Verda überfallen und geplündert.

Rom, 8. April. (WZB.) Wie nachträglich bekannt wird, sind gestern nach dem Attentat auf Mussolini mehrere Privatwohnungen teilweise zerstört worden.

Genossin Oda Olberg-Verda war eine junge sozialdemokratische Schriftstellerin, als sie vor etwa einem Menschenalter nach Italien übersiedelte.

Der Einbruch der faschistischen Gewaltherrschaft hat jedoch diese alten, für unser Blatt äußerst wertvollen Beziehungen in empfindlicher Weise gestört.

Man sage nicht, es handele sich um eine sinnlose Ausschreitung des Böbels. Der Böbel von Rom kann unmöglich wissen, wer in früheren Jahren die ständige Berichterstattung aus Italien für den 'Vorwärts' besorgte.

Genosse Modigliani hat als Anwalt der Familie des ermordeten Matteotti die besondere Wut der Faschisten auf sich gelenkt.

Eine Frage an Wolfs Bureau.

Anfang November vorigen Jahres hat der 'Duce' die in Rom versammelten Direktoren der internationalen Nachrichtenagenturen empfangen.

Sämtliche Teilnehmer an der Tagung stellten mit der lebhaftesten Genugtuung fest, wie grundlegend sich die Verhältnisse in Italien geändert hätten.

Die neuen Pländerungen und Gewalttaten, die sich auch gegen Korrespondenten deutscher Blätter richteten, rechtfertigen die öffentliche Frage an Wolfs Bureau.

Wilhelms Affe.

'Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser.'

Rom, 8. April. (WZB.) Stefani meldet vom Bord des Panzerschiffes 'Cavour': Mussolini hat sich um 10,35 Uhr an Bord des vor Ostia liegenden Panzerschiffes 'Cavour' eingeschifft.

Unsere Zukunft — ich will damit niemanden kopieren (!!) — hat immer auf dem Wasser gelegen und wird immer auf dem Wasser liegen!

Mussolini schloß seine Rede mit dem faschistischen Ruf: Alala! zu Ehren der italienischen Marine.

Die nationalen Probolschewisten.

Von Philipp Scheidemann.

Vor einigen Wochen setzte gegen den 'Hochmeister' des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, eine von den nationalistischen Verbänden ausgehende Hege ein.

Im 'Meister', der Jungdeutschen Monatschrift, setzt Mahraun sich mit den weiter rechts von ihm operierenden Probolschewisten auseinander.

Die Verfüzung der nationalen Bewegung mit den materiellen Gesichtspunkten der Selbstschutzepeche hat den rein wirtschaftlich denkenden Schwächlingen einen steigenden Einfluß auf die gesamte Bewegung gesichert.

Diese Mächte waren die Schwerindustrie, für die Hugenberg durch seine Presse arbeitete, zeitweise, sogar vorherrschend, die Landwirtschaft.

Diese Entwicklung wollte, so setzt Mahraun auseinander, der Jungdeutsche Orden nicht mitmachen, und so entwickelten sich die Gegensätze zwischen der 'volksnationalen' und 'landläufig nationalen' Bewegung.

Die Weltrevolution — das haben die Moskower klar erkannt — ist nur dann durchführbar, wenn es gelingt, die Nachbarn vor allem aber das große nachbarliche Deutschland, in das Chaos zu führen.

Die deutschen Probolschewisten suchen ihre Anhänger zu täuschen mit diesen Ermahnungen:

- 1. Der Bolschewismus hat sich gewandelt. Er ist nicht mehr der 'jüdische Popanz von 1917'. 2. Wir haben die gleichen Gegner, darum müssen wir zusammengehen. 3. Das russische Heer wird uns zu diesem Freiheitskampfe die Hand reichen.

Mahraun skizziert auch die Pläne, die die deutschen Befreier propagieren, um die nationale Jugend zu gewinnen: Freiwillige deutsche Truppen — die Reichswehr kann sich daran nicht beteiligen — brechen in Polen ein und rennen die polnische Armee über den Haufen.

lassen, die Registrierung der Bewertung von Altmaterialien in maßgebendster Weise zu beeinflussen. Denn alle anderen deutschen Metallhüttenwerke müssen sich, obwohl unter ihnen auch Firmen ersten Ranges sind, in den Rest teilen.

Attentat in Moskau?

Auf den russischen Innenkommissar.

Nach einer III. Meldung ist am gestrigen Donnerstag in Moskau der Innenkommissar Beloborodow durch einen Schuß an der Schulter verletzt worden.

Auf Anfrage am späten Abend teilt uns die Russische Botenschaft mit, daß sie eine solche Attentatsmeldung bisher nicht erhalten habe.

Reichsbahn und Metallbank.

Erklärungen der Reichsbahn-Gesellschaft.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat zu unseren Fragen über die Beziehungen zwischen Reichsbahn und Metallbankkonzern Erklärungen abgegeben.

Die Reichsbahn hat mit der Metallurgischen Gesellschaft in Frankfurt a. Main einen Vertrag über die Lieferung von rund 100 000 Tonnen Kupfer gehabt.

Der Schrotterverkauf wird allerdings nicht mehr öffentlich ausgeschrieben, doch erfolgt er nicht an wenige privilegierte Firmen.

Zu der Behauptung der Reichsbahn, daß der Schrotterverkauf nicht an wenige privilegierte Firmen erfolgt, steht die folgende Mitteilung der 'Ruffischen Zeitung' von gestern morgen im Widerspruch:

Der Hüttenverband (des Metallbankkonzerns. Red. d. B.) übt zwar nicht mehr das absolute Monopol für die Eisenbahnlieferungen in Metallen aus, erhält jedoch heute noch ungefähr 50 Proz. aller bei sämtlichen Eisenbahnwerkstätten entfallenden Metallrückstände.

Das klingt alles, als ob es in einer Bar am Kurfürstendamms so zwischen dem neunten und zehnten „Scharfen Schnaps“ ausgekugelt worden sei. Dem ist aber keineswegs so, wie Mahraun ausdrücklich hervorhebt: Das Gefährliche sei die Tatsache, daß Mächte hinter diesen Plänen stehen, die wohl in der Lage wären, einen Anfangserfolg auszulösen. Ein solcher Anfangserfolg würde eine gewaltige deutsche Bewegung hervorrufen. Sie würde nach meiner Ansicht bald erdroffelt werden, aber dennoch wäre sie stark genug, das Chaos herbeizuführen.

Auf 35 Seiten weist Mahraun den ganzen Wahnsinn derartiger Pläne nach. Wenige Sätze sollen noch deshalb angeführt werden, weil es sich um einen Mann handelt, dem man zugestehen muß, daß er die Jugend der nationalitätlich bearbeiteten Kreise kennt, selbst die größte Organisation der rechts gerichteten Jugend zu Fuß gebracht und, wie anerkannt werden muß, vor dem gemeingefährlichen Treiben der Probolschewisten fernzuhalten verstanden hat.

Wenn es den Predigern dieser Idee nur gelänge, tausend unpolitischer Draufgänger, aber von heiligstem Rationalbewußtsein durchglühte deutsche Männer, für den ersten Schlag zu gewinnen, dann wäre eine Lawine im Rollen, die man nicht mehr aufhalten kann. Die Postulats des Versäufers Vertrages hat das Deutschland zum Fußsack gestempelt; und wer die Lunte geschickt daran legt, der kann es jederzeit hochsteigen lassen.

Der Hochmeister des „Jungdo“ ist keineswegs Bazilist, aber er hat den Krieg kennen gelernt und gibt sich Täuschungen über einen neuen, noch furchbareren Krieg nicht hin:

Wenn Rußland eine Macht wäre und uns in treuer Bundesgenossenschaft helfen könnte... dann würde auch ich nicht ansehen, mich zu dieser Lösung der größten aller Fragen, die mein Herz bewegt, zu bekennen. Aber das bolschewistische Rußland ist keine Macht. Das russische Heer kann nicht kämpfen und wird nicht kämpfen. Das ist meine verstandesmäßige Überzeugung. Der russische Bolschewismus hat eben nicht das Ziel, uns Bundesgenosse zu sein, sondern uns in das Chaos zu treiben. Dieses Chaos heißt Weltrevolution. In dieser Weltrevolution könnten wohl die Völker Afrikas und Asiens gewinnen. Das deutsche Volk aber müßte zugrunde gehen.

Mahraun erklärt, daß er die als „Ostorientierung“ jetzt aufgelegenen Pläne betämpfen werde, „unbekümmert der Folgen, welche mir aus dem probolschewistischen Lager der nationalen Bewegung angedroht werden“.

Das Treiben der Probolschewisten darf gewiß nicht unterschätzt, braucht aber auch nicht überschätzt zu werden. Gegenüber der lärmenden Großmäuligkeit der weniger begabten Hakenkreuzler weist Mahraun auf die viel gefährlichere Arbeit im Stillen hin, wie sie der Oberst Nicolai liebt:

Es gibt wohl kaum jemand, der während des Krieges eine derartige politische Macht besessen hat, wie er. Er breitete ein Netz von politischen Dienststellen über das ganze Deutsche Reich aus, in deren Händen eine gewaltige Macht lag. Es liegt in der Natur der Sache einer solchen Organisation, daß ihre hauptsächlichste Macht in den persönlichen Beziehungen besteht, welche der oberste Führer im gesamten politischen Leben anknüpft. Es liegt auch ebenso in der Natur dieser Organisationen, daß man der Persönlichkeit des obersten Führers diese Macht nicht nehmen kann. Wenn auf der einen Seite der große Generalstab durch das Dekret unserer Feinde aufgelöst wurde, so besteht auf der anderen Seite die Macht der persönlichen Beziehungen des Obersten Nicolai weiter. Der Oberst Nicolai ist also meines Erachtens nicht etwa als Privatperson zu betrachten, sondern als Vertreter einer in seiner Person dargestellten Organisation von außerordentlich politischer Bedeutung.

Welche Unterlagen dem mehrfach genannten Hochmeister für die Tätigkeit Nicolais zur Verfügung stehen, ist uns nicht bekannt. Er stellt aber, ohne unseres Wissens bisher auf Widerspruch gestoßen zu sein, die Behauptung auf, daß Nicolai in der probolschewistischen Propaganda tätig sei. Es müßte für viele nationale Führer von ausschlaggebender Bedeutung sein, „wenn eine Persönlichkeit von diesen Umständen den hier gezeichneten probolschewistischen Feldzugsplan

als den richtigen Ausweg für das nationale Deutschland bezeichnet“.

Die Auseinandersetzungen des Jungdeutschen Ordens mit den weiter rechtsstehenden nationalitätlichen Organisationen sind von allgemeinem Interesse. Sie zeigen, ein wie tiefer Riß durch die „nationalen“ Verbände geht. Je weniger aber die Republik in ihrer Entwicklung von Innen her gefördert wird, um so schneller wird sie nach außen Vertrauen erwecken und auf größeres Verständnis rechnen dürfen.

Nach Kufmann — Asmus.

Neue Entlarbung deutscher Justizzustände.

Chemnitz, 4. April (Eigener Drahtbericht.) Heute begann im großen Schwurgerichtssaal der zweite Asmus-Prozess. Verteidiger sind die Rechtsanwälte Dr. Levi, Berlin und Wisla. Chemnitz. Gleich zu Beginn gibt es einen Zwischenfall, als Genosse Dr. Levi beantragt, eine Schöffin wegen Befangenheit abzulehnen. Der Antrag der Verteidigung wird abgelehnt.

Der Angeklagte, Oberstaatsanwalt Genosse Asmus, gab eine Darstellung seiner dienstlichen Tätigkeit und schulderte eingehend die politischen Verhältnisse im Jahre 1923. Die in der Beweisaufnahme behandelten Fälle erbringen nicht die Spur eines Beweises von Schuld. Insbesondere kann von einem Vergehen gegen den § 346 (der von Beamten spricht, die vorsätzlich jemanden der Strafe entziehen) nicht die Rede sein. Auf wie schwachen Füßen die Anklage steht, beweist folgender Fall: Ein Führer der republikanischen Reichswehr beschimpfte in einem überfüllten Tanzsaal die Republik: „Ihr mit eurer Sozialregierung, Ebert kommt das nächste Mal dran. Das Schwein Rathenau ist nicht der Letzte gewesen. Ehrhardt lebe hoch!“ Dieser Führer setzte dann dem Gastwirt die Pistole an den Kopf und schloß mehrmals in den Saal, wenn auch ohne jemanden zu treffen. Die erregte Menge kesselte und mißhandelte ihn. Die Anklage legt Asmus nur zur Last, daß er gegen die erregte Menge, die den „armen Führer“ prügelte, nichts unternommen habe. Es war der Verteidiger leicht, das Gewebe der Anklage zu zerreißen. Levi besuchte dabei sehr treffend

die Praktiken des Oberreichsanwalts.

Er stellte unter Beweis, daß der Oberreichsanwalt bei genauer Kenntnis der Akten nichts gegen die Organisation C unternommen habe, so daß man auch gegen ihn ein Verfahren nach § 346 eröffnen müßte. Heftige Zusammenstöße erfolgten im Verlauf der Beweisaufnahme zwischen dem Anklagevertreter und Asmus. Der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft bat den Vorsitzenden, ihn gegen die Angriffe des Angeklagten in Schutz zu nehmen.

Sehr interessant gestaltete sich die Debatte über die Ursache des Asmus-Prozesses. Levi wies darauf hin, daß man wohl nicht zu Unrecht bei dem Heeresanwalt die Quelle zu suchen habe. Er schaltete vor allem die politische Seite des Prozesses heraus. Großes Aufsehen erregte, als Genosse Asmus bekannt gab, daß der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft vor der Eröffnung des Verfahrens ihm nahegelegt habe, den Ehepakt der Freiburger Staatsanwaltschaft abzulegen. Er habe dabei auf das Beispiel des Landgerichtsdirektors Weiland in Bautzen hingewiesen, der wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung von seinem Posten entfernt wurde. — Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vertagt.

Der Ehrhardt-Führer in der Reichswehr.

Zu der im obenstehenden Verhandlungsbericht erwähnten Führer-Affäre sei noch eine Ergänzung gegeben, die wir der „Völkischen Zeitung“ entnahmen. In der ersten Verhandlung gegen Asmus — die letzte ist nur die Fortsetzung nach der Vertagung — ereignete sich folgendes:

Vorsitzender Magirus: „Erinnert sich der Angeklagte des Falles Schmidt, eines Führers der Reichswehr, jenes armen Menschen, der von der rasenden Menge in der Nähe von Dippoldswalde ohne jeden Grund so furchtbar mißhandelt worden ist?“

Angeklagter Asmus: „Meint der Herr Vorsitzende den Fall Schmidt, in dem dieser, nach seiner späteren Behauptung ange-

trunken, in das Wirtshaus kam, ohne jede Veranlassung zwei Revolver schüsse gegen den Wirt abfeuerte und laut ausrief: „Hoch lebe Ehrhardt! Nieder mit der Pumpenrepublik und der verfluchten Sozialregierung! Der Lump Rathenau war nicht der Letzte — jetzt kommt Ebert dran, das Schwein!“ Meint der Herr Vorsitzende diesen Fall?“

Vorsitzender Magirus: „Ja, Sie haben ja geglaubt, dieses Verhalten des Schmidt solle unter das Republikanische fallen, und haben die Akten dem Herrn Oberreichsanwalt überwiesen. Aber der hat die Lagerung des Falles festgestellt und den von Ihnen Beschuldigten ohne weiteres einen Arzt überwiesen, der selbstverständlich erklärt hat, daß hier Straftatigkeit auf Grund des § 51 (Strafgesetzbuch) vorliegt.“ (Führer Schmidt wurde wenige Wochen darauf zum Leutnant der Reichswehr befördert.) „Ich aber frage den Angeklagten jetzt, warum er nicht gegen die Leute, die Schmidt nach seinem Ausruß und nachdem er geschossen hatte, gemeinschäftlich verprügelt haben, eingeschritten ist?“

Verteidiger Levi: „Wenn das Gericht Neues vorbringen will, müssen wir uns neue Beweisanträge vorbehalten. Wir werden dann auch Herrn Oberreichsanwalt Ebermayer laden, damit er hier als Zeuge unter seinem Eid auslauge, ob er einen Angeklagten auch dann so ohne weiteres dem Arzt und damit dem richtenden § 51 überwiesen hätte, wenn es sich um einen Fall von links gehandelt hätte.“

Ob Herr Ebermayer hierauf geantwortet hat, wissen wir nicht. Wohl aber weiß alle Welt, wie sehr eine Frage allein wahrheitsgemäß beantwortet werden könnte!

Aus der Heherzentrale.

Interessante Angaben im Kufmann-Prozess.

Nach den Berichten einiger Tageszeitungen über den Strafprozess gegen Gerichtsdirektor Dr. Kufmann und Hauptmann a. D. Knoll hat der erstgenannte Angeklagte bei Darstellung der Barmat-Angelegenheiten mehrfach „Abegg-Briefe“ erwähnt und u. a. angeblich gesagt, daß ihm der Angeklagte Knoll eine große Anzahl von Briefen gebracht habe, aus denen hervorgeht, daß Ministerialdirektor Abegg vom Ministerium des Innern angeordnet hätte, daß die Barmats an der Grenze nicht durchsucht werden sollten. Demgegenüber wird vom Amtlichen Preussischen Pressedienst folgendes festgestellt:

Ministerialdirektor Dr. Abegg hat seinerzeit auf die im Amtlichen Preussischen Pressedienst damals eingehend erörterte maßgebende Veranlassung eine Stellung an die zuständigen Stellen gezeichnet, demzufolge die Familie Barmats von Rußland über deutsches Gebiet nach Holland reise. In der Voraussetzung, daß die betreffenden Personen sich im Besitz ordnungsmäßiger Ausweispapiere befinden, stehen ihrer Durchreise durch Preußen keine Bedenken entgegen. Ich erlaube ergebene, die Grenzübergangsstellen sofort entsprechend zu verständigen und dafür zu sorgen, daß der Familie unter der bezeichneten Voraussetzung beim Grenzübertritt keine Schwierigkeiten bereitet werden.“

Andere Schriftstücke amtlichen oder privaten Charakters hat Ministerialdirektor Dr. Abegg im Zusammenhang mit den Barmats weder geschrieben noch unterzeichnet, wie er überhaupt kein Mitglied der Familie Barmat jemals kennengelernt, noch unmittelbare oder mittelbare Beziehungen zu ihr gehabt hat.

Landeschützenverband Oberschlesien.

In einer kleinen Anfrage des Landtagsabgeordneten Bogzewski (Pole) wurde ausgeführt, daß es sich bei dem Landeschützenverband Oberschlesien um eine illegale Organisation militärischen Charakters handle, und das Staatsministerium wurde u. a. ersucht, für eine schnelle Enttarnung und Auflösung des Landeschützenverbandes Sorge zu tragen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Antwort des preussischen Innenministers entnimmt, ist der Landeschützenverband Oberschlesien ein eingetragener Verein, dessen Satzungen bekannt sind. Zur Führung und zum Besitz von Waffen ist er nicht berechtigt. Der Landeschützenverband wird wie andere Organisationen dieser Art von den Behörden sorgfältig beobachtet.

Das Sequade.

Ein unveröffentlichtes Märchen von H. C. Andersen.

Dieses Märchen Andersens ist in der Osternummer der „Berliner Abendpost“ in Reproduktion sehr schön aus dem Nachlaß des Dichters durch den Bildhauer Julius Clausen veröffentlicht worden. Doch der Dichter selbst hat bei seinen von der Öffentlichkeit abgewandten Jahren, die er in der sehr durchsichtigen Götter gegen die Kunstkritik bestritten sein.

Alle Vögel des Waldes saßen in den Bäumen auf den Zweigen, mo es genug Blätter gab. Und doch wünschten sie sich alle ein neues, gutes Blatt, ein Blatt, nach dem sie sich sehnten, ein tritliches Blatt, von denen die Menschen so viele haben, daß die Hälfte genug wäre.

Die Singvögel wünschten eine musikalische Kritik, jeder zu seinem Hobe — und zum Lobel (wo zu tabeln war) für die anderen. Aber sie konnten sich nicht darüber einig werden, die Vögel selbst, einen unparteiischen Kritiker zu finden.

„Ein Vogel muß es doch sein“, sagte die Gans, die zum Präsidenten der Versammlung gewählt worden war und der Vogel der Weisheit ist. „Er darf nicht aus einem anderen Tierreich gewählt werden, höchstens vom Meere. Da fliegen Fische wie Vögel in der Luft; aber das ist auch die einzige Familienähnlichkeit. — Doch es gibt ja auch Tiere zwischen Fisch und Vogel.“

Nun nahm der Storch das Wort. Es klapperte ihm nur so vom Schnabel.

„Es gibt Wesen zwischen Fisch und Vogel: die Sumpflurber, die Frösche — für sie stimme ich. Sie sind höchst musikalisch, singen einen Chor wie Kirchenglocken in der Waldesinnigkeit. „Nicht treibst in die Weite!“ sagte der Storch, „nicht treibst unter den Flügeln, wenn sie vorsingen.“

„Ich stimme auch für die Frösche“, sagte der Reiher, „sie sind weder Vogel noch Fisch, aber wohnen doch bei den Fischen und singen wie die Vögel.“

„Das wäre nun das Musikalische“, sagt die Gans. „Aber das Blatt muß von allem sprechen, was es Schönes im Walde gibt. Wir brauchen Mitarbeiter. Denke ein jeder deswegen in seiner Familie nach.“

Da sang die kleine Lerche so fest und schön: „Der Frosch darf nicht Herr des Blattes sein — nein, die Nachtigall!“

„Hör auf zu zwitschern!“ sagte die Gans, „ich heule zur Ordnung!“ — Ich kenne die Nachtigall. Wir sind beide Nachtvögel. Jeder Vogel singt, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Weber sie noch ich dürfen gewählt werden. Dann würde das Blatt ein kritikalisches oder philosophisches Blatt werden, ein Bezauberndes Blatt, in dem die Hochgestellten den Ton angeben. — Es soll doch auch ein Organ für den einfachen Mann aus dem Volke sein.“

Man kam überein, es „Das Morgensequade“ oder „Das Abendsequade“ — oder auch nur „Das Sequade“ zu nennen. Man stimmte für das letztere.

Es würde ein lange empfundenes Bedürfnis im Walde aus-

füllen. Die Biene, die Ameise und der Maulwurf versprachen über Industrie und Technik zu schreiben. Dafür hatten sie großes Verständnis.

Der Kuckuck war Naturdichter. Zählte zwar nicht zu den Singvögeln und war doch von größter Bedeutung für den einfachen Mann aus dem Volke. „Er bläst sich immer auf, er ist der eierste Vogel und dabei doch so unbedeutend von Aussehen“, sagte der Pfau.

Nun kamen die Schmeißfliegen zum Redakteur in den Wald. „Wir bieten unsere Dienste an. Wir kennen Menschen, Redaktoren, Menschenkritik. Man setzt sich auf das frische Fleisch, spuckt — und innerhalb eines Tages ist es verdorben. Wir können, wenn es nötig ist, für die Redaktion ein ganzes Talent vernichten. Als Partei muß man ein so hochgeheiltes Blatt sein können, daß man roh sein darf; und verliert man einen Abonnenten, bekommt man 16 dafür. Es ist groß, gib Schimpfnamen, stell an den Tranger, pfeife auf den Fingern, dann bist du eine Macht im Staate.“

„So ein Quasikritiker!“ sagte der Frosch vom Storch. „Ich habe wirklich als Kind zu ihm aufgesehen und eine zitternde Ehrerbietung empfunden. Und wenn er durch den Sumpf ging und von Ägypten sprach, dann erweiterte sich mein Gesichtskreis in fremde wunderbare Länder. Nun erhebt er mich nicht mehr — es ist nur noch Ruchholl. Ich bin klüger, denkender, bedeutend geworden — ich schreibe kritische Artikel für „Das Sequade“. Ich bin, was man in Rechtschreibung und Tonfall der gebildeten Sprache nennt: ein Quasikritiker!“

In der Menschenwelt gibt es auch so etwas. Ich habe darüber etwas im Feuilleton unseres Blattes geschrieben.“

(Das Deutsche übertragen von Alfons Fedor Cohn.)

Der Deutsche Schillerbund hielt in den Ostertagen seine diesjährige Hauptversammlung ab. Für 1927 sind Aufführungen von Schillers „Don Carlos“, „Robbers“, „Hannibal“ und „Kleists“, „Prinz Friedrich von Homburg“ in Aussicht genommen. Von Bedeutung gerade für die Jugend des Volkes war die Erörterung der Frage, ob an der unteren Altersgrenze für den Besuch der Spiele — 16 Jahre — festgehalten werden solle. Dabei schiedet die Jugend der Volksschulen ebenso aus wie die der Mädchenschulen, da sie nur bis zum 16. Lebensjahre Schülerinnen fördern. Für die Volksschuljugend kommen dann nur die in den Jugendvereinen organisierten Jugendlichen in Betracht. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, eine Form zu finden, durch die gerade auch die arbeitende Jugend diese Freistunden in Weimar miteinsehen kann. — Eingeleitet wurde die Hauptversammlung durch interessante Vorträge von Gedichten von Schillers Gattin Charlotte, die zum Teil aus den letzten Tagen vor Schillers Tode stammen und erstreckt sind durch die Wärme der Empfindung, die auch Zeugnis von dem innigen Zusammenleben dieser beiden Menschen ablegt. Dichterisch sind freilich diese Verse mit ihrem Pathos und ihren ziemlich banalen Wendungen und Gedanken nicht viel wert. Im Rahmen der Weimarer Osterwoche hielt ferner Heinrich Blüthenfeld einen interessanten Vortrag „Schiller und

die deutsche Gegenwart“, der besonders fesselte durch die Schilderung des 18. Jahrhunderts mit seiner unruhigen Bewegtheit, die in der französischen Revolution ausklang. Hervorgehoben sei noch, daß sich auch deutsche Schulen des Auslandes in steigendem Maße an dem Schillerfestspielen beteiligen. So sind unter den zuletzt vorliegenden 3317 Anmeldungen u. a. 35 von der deutschen Schule in Helsingfors, und ebenso liegen eine Anzahl Meldungen aus den Grenzgebieten in Polen und der Tschechoslowakei vor.

Das 150jährige Jubiläum des Wiener Burgtheaters wurde gestern mit einer einfachen Morgensfeier im Burgtheater begangen. Das Haus war festlich beleuchtet und geschmückt. Bundespräsident Hainisch, die Mitglieder der Regierung, das diplomatische Korps, das Präsidium und zahlreiche Mitglieder des Nationalrats, der Bürgermeister von Wien, sehr viele Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Literatur wohnten der Feier bei, die mit dem Vortrag von Bechthovens „Die Weihe des Hauses“ unter Leitung von Franz Schalk eröffnet wurde. Sodann hielt Direktor Herterich eine Ansprache, in der er die Bedeutung des Tages würdigte und die innige Zusammengehörigkeit des Burgtheaters und der Wiener Bevölkerung besonders betonte. Nach ihm sprach Max Devrient die von Hermann Bahr verfasste Festsprache. Mit dem Vortrag von Wendelsohns „Meeresstille und glückliche Fahrt“ durch die Wiener Philharmoniker gemeinsam mit dem Chor der Staatsoper schloß die Feier. Heute wird im Burgtheater als Festvorstellung „Rinna von Barnhelm“ gegeben.

Konferenz der internationalen Studentenorganisationen. Am Donnerstag trat in Genf im Völkerbundsekretariat unter dem Vorsitz des Berner Prof. de Reynold, Mitglied der Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit, eine Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten internationalen Studentenorganisationen zusammen. Deutschland ist durch Dr. Schalter von der Deutschen Studentenhilfe und Frank von Auslandsrat der deutschen Studentenschaft vertreten. Die Konferenz wird bis Sonnabend dauern und einen gemeinsamen Arbeitsplan aufstellen trachten über folgende Fragen: Erleichterung von Reisen, Studentenaustausch, internationale Studentenverbände, Gleichberechtigung der ausländischen Studenten mit den Angehörigen der nationalen Studentenvereinigungen, Studentenhilfe und Heime, wirtschaftliche Unterstützung, internationale Studentenkonferenzen und Schaffung einer gemeinsamen internationalen Studentenzentrale. In erster Linie soll versucht werden, unter Wahrung weltgebender Freiheit der einzelnen Organisationen alle unnötige und unfruchtbare doppelte Arbeit zu bejähren.

Staatsooper. Wegen noch andauernder Erkrankung von Frau Den wird am 14. Mitt „Rinnabne“ „Goubert'skii“ gegeben.

Neue Preise der Städtischen Oper. Mit Wirkung vom 12. April hat die Intendantin der Städtischen Oper blägere Eintrittspreise festgelegt. Der teuerste Orchesterplatz und ein Platz in den Logen und in der ersten Reihe des 1. Rang, die bisher 18 M. gekostet haben, sollen ab 12. April 12 M., das 2. Orchester kostet in Zukunft 10 M., 2. Parkett 8 M., im Platz 2. Rang Mitte kostet 7 M. statt wie bisher 8 M.

Die Ausstellung Frey Gutzit eröffnet in ihrem Geschäft Friedrich-Ebert-Str. 7, am 11. eine Kollektiv-Ausstellung des japanischen Malers Tuguchiro Soujita. Es ist dies das erstmalige, daß der japanische Künstler in Deutschland ausstellt.

„Volksopfer.“

Ein schwarzweißrotes Panama.

Die „Kreuzzeitung“ versucht die Unterschlagungen von Reichner und Köppler im sächsischen Volksopfer, die durch die Verteilung der beiden Täter zu längeren Gefängnisstrafen ihre gerichtliche Sühne fanden, als eine harmlose Sache hinzustellen, die mit der nationalen Bewegung und den reaktionären Parteien nicht das geringste zu tun habe. Es bleibt nichts übrig als die Straftaten zweier Leute, die in der vaterländischen Bewegung eine Zeitlang eine gewisse Rolle spielen konnten, bis sie erkannt wurden. Gegen solche Geschwänze ist kein Parteitag geschickt. Bisher las man's anders! Aber so richtig diese plötzliche Erkenntnis der „Kreuzzeitung“ ist, muß doch daran erinnert werden, daß sich die Korruptionsstandale im schwarzweißroten Lager bedenklich häufen und daß es sich in der Angelegenheit Reichner-Köppler um einen typischen Fall handelt, der durch seine Anfänge und seine Behandlung in den beteiligten reaktionären Kreisen politisches Interesse gewinnt.

Als im Winter 1923/24 die „Reichsregulation“ gegen die sächsische republikanische Regierung durchgeführt worden war, hielt es die um den militärischen Leiter des Unternehmens, den General Müller, und um den „Hilfskommissar“, Reichsminister a. D. Dr. Heinze, sich sammelnde Gruppe von Offizieren und Industriellen für notwendig, der „zur Kaiserin gebrachten“ sächsischen Arbeiterbevölkerung neben den Feldanonen der „Besatzungsarmee“ auch die milde Hand der zahlreichen „Stadtkommandanten“ zu zeigen. Deshalb ließ man die Feldzüge durch die Straßen der sächsischen Städte fahren und alle Kleider, Lebensmittel und Bargeld für die Büchsen des sogenannten „Volksopfers“ sammeln. Eine Unterstellung dieser „Böhntätigkeitsleistung“ unter die Landesregierung wurde abgelehnt und das „Böhntätigkeitswert“ zwei besonders ausgezeichneten „Vertrauensleuten“ der „Vaterländischen“, dem Sanitäts Dr. Reichner und dem „Hauptmann“ Köppler, übertragen. Dr. Reichner war in Sachsen ein großer Mann. Er träumte von einer großen politischen Karriere und spendete einstellweise beträchtliche Summen an Wermut und Stahlhelm und an seinen „Nationalen Klub“, der unter dem Protektorat des rühmlichst bekannten Reichsjustizministers und Reichskommissars gegen Sachsen“ Dr. Heinze stand. Ueber 100 000 Mark wurden auf diese Weise veruntreut. Sein Adjutant war der „Hauptmann“ Köppler, der sowohl bei den Unterschlagungen seines Chefs wie bei der Vergeudung der Sammelgelder seinen Mann stellte und auch seine eigenen Interessen nicht vergaß.

Gewiss, Tagelöhne und ehrliche Gesellen, die vor solchen Handlungen nicht zurückschrecken, hat es zu allen Zeiten und bei allen Parteien gegeben. Das Charakteristische dieses Volksopferstandals aber ist das Verhalten der Kreise, mit denen Reichner und Köppler in enger gesellschaftlicher und geschäftlicher Berührung standen. Man läßt die beiden Defraudanten noch einige Monate frei schalten und walten, da man die Blamagener „Vaterländischen Verbände“ fürchtet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß selbst der Wehrkreiskommandant, General Müller, von den Unterschlagungen gewußt hat und nicht daran dachte, die beiden Schädlinge dem Gericht zu überliefern. „Es sollte kein Skandal entstehen“, sagte der Führer der „Vereinigten Vaterländischen Verbände in Sachsen“, General Hammer. Er sowohl wie General Müller haben ihren Einfluß auf die Finanzleute des „Volksopfers“ im Sinne einer „Unterstützung der Sache“ ausgeübt. Man wollte sogar das Schweigen aller Angestellten des Volksopfers erkaufen und die beiden Geschäftsführer ins Ausland verschicken.

So einfach, wie die „Kreuzzeitung“ es hinzustellen versucht, liegen die Dinge also nicht. Der Beweismittelreichtum ist lediglich ein Teil jenes Vertuschungsmandats, das die Generale Müller und Hammer und ihre Bestimmungsgenossen zu inzuliefern versuchten. Der Ausspruch des Generals Hammer beweist ganz klar, wie sehr man sich im schwarzweißroten Lager der politischen Bedeutung der Angelegenheit bewußt ist.

Die Leute, die sich um die Vertuschung bemühten und die den Skandal heute als rein kriminelle Sache hinstellen möchten, sind dieselben, die keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um die Republik zu diffamieren und der Sozialdemokratie eines auszuweichen. Die Reichner und Köppler sind dieselben, die bei dem Entrüstungsrundum gegen Tollers „Hintemantel“ und gegen Zeigner ihre Hände im Spiel hatten. Und sie sind nicht die ersten besten, sondern die sorgfältig ausersuchten Vertrauensleute des Generals Müller und des Reichsministers a. D. Heinze. Ihnen war das „Volksopfer“ anvertraut, das das Lager der Schwarzweißroten in einem besonders günstigen Licht erscheinen lassen sollte. Das „Volksopfer“ hat dank der Reichner und Köppler Fiasko erlitten. Mit ihnen das Lager der Schwarzweißroten, deren politisches Wuchsgeschäft das „Volksopfer“ war.

Die Hauptangeklagten im „Volksopfer“-Prozess haben gegen das Urteil des Dresdener Schöffengerichts Berufung eingelegt.

Das Verfahren gegen Kutischer.

Prozessbeginn am Montag. — Elf Angeklagte.

Am kommenden Montag beginnt vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte der Kutischer-Prozess. Neben dem früheren Generaldirektor der Stein-Bank, Ivan Kutischer, sind noch folgende Personen angeklagt: seine beiden Söhne Alexander und Ray Kutischer, der Kaufmann Blau, der frühere Prokurist der Stein-Bank, Biel, der Direktor Grieger von der Treibriemen-Kittengesellschaft, der Kaufmann Grobe, der ins Ausland geschickte Kaufmann Jibor Stern, der Kaufmann Michael Holzmann, der sich zurzeit in Raabitz in Untersuchungshaft befindet, der Kaufmann Stricker, der in Verfolg eines anderen Verfahrens zur Untersuchung seines Geisteszustandes in einer Irrenanstalt untergebracht worden war, und der Kaufmann Daniel. Alle diese Angeklagten haben sich wegen Beihilfe zum Betrug zu Ungunsten der Preussischen Staatsbank und der Beihilfe zur Urkundenfälschung zu verantworten.

Der Betrug wird von der Anklage darin gesehen, daß die der Preussischen Seehandlung gegebenen Deckungen für die entnommenen Kredite sich als minderwertig herausgestellt haben, da sie hauptsächlich in sogenannten „Reiderwechseln“ auf die Kutischer'schen Konzernfirmen bestanden. Die Urkundenfälschung soll darin bestehen, daß von den Beteiligten verschiedene Telegramme aufgegeben worden sind, die der Staatsbank zum Beweise vorgelegt wurden und aus denen fälschlicherweise hervorging, daß die Stein-Bank beträchtliche Kredite aus dem Auslande zu erwarten habe. Durch diese Telegramme wurde die Staatsbank veranlaßt, der Stein-Bank Kredite einzuräumen, die ihr entsprechend dem wirklichen Status niemals hätten gegeben werden dürfen. In dem Prozeß werden auch die Geschäfte mit dem Hannover Lager aufgerollt werden. Die Staatsbank hat durch ihre Kreditgewährung gegenüber der Stein-Bank einen effektiven Verlust von fast neun Millionen Mark gehabt.

Völkerbund als Gegenwartsfortschritt.

Warum wir an ihm festhalten müssen.

Zu dem Thema der Zukunft des Völkerbundes und der Haltung, die der internationale Sozialismus gegenüber der Genfer Institution nach dem Scheitern der Märztagung einnehmen soll, haben sich bereits die Genossen Vanderweide und Macdonald auf unsere Veranlassung im „Vorwärts“ geäußert. Wir bringen nunmehr eine Zuschrift des Genossen Filippo Turati, des tapferen Führers der italienischen Sozialisten über die gleiche Frage.

In der jüngsten Nummer der „Critica Sociale“, der von meinen engeren politischen Freunden und von mir herausgegebenen sozialistischen Halbmonatsschrift, ist bereits zu der mißglückten Märztagung des Völkerbundes eingehend Stellung genommen worden. Ich kann daher nur das in kürzerer Fassung wiederholen, was in jenem Aufsatz ausführlich zum Ausdruck gebracht wird.

Um es gleich voranzuschicken: Meine sozialistischen Freunde und ich sind entschlossen, den Gedanken des Völkerbundes nach wie vor zu unterstützen und dafür einzutreten, daß man mit Vertrauen, Aktiviät, Mut und gutem Glauben im Völkerbund weiter wirke. Allerdings wäre es für uns Italiener nötig, daß eine Regierung vorhanden sei, die sich in ihrer Völkerbundspolitik von dem gleichen Gedanken tragen lasse und die sich bemühe, die Aktion des Völkerbundes immer energischer und vollständiger zu gestalten, anstatt — genau das Gegenteil zu tun. Und wir benötigen dazu ferner ein Parlament, das vom Volke gewählt werde, anstatt einer Versammlung, die von der Regierung ernannt und aufoktroiert wird und die nur die Parodie einer vertretenden Körperschaft bildet.

Fast alle Zeitartikel unserer „Critica Sociale“ vertreten und entwickeln diesen Gedankengang. In diesem Punkt liegt vielleicht sogar der stärkste Unterschied zwischen unserer Partei und nicht nur den Kommunisten, sondern auch jener radikalen und angeblich „revolutionären“ Sozialisten, den italienischen Maximilianisten, die ewig zwischen Sozialismus und Bolschewismus hin und her schwanken. Im Gegensatz zu diesem sind wir nicht der Ansicht, daß man die möglichen Reformen auch auf außerpolitischem Gebiet auf das Jahr 2000, auf den Tag nach dem hypothetischen sozialistischen Umsturz hinausschieben darf. Nach der Auffassung des radikalen Flügels der Arbeiterbewegung müßte die sozialistische Revolution jeder ernsthaften Reform vorausgehen und nicht die

Konsequenz der errungenen Reformen sein. Aber diese angeblich revolutionäre Auffassung ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine bequeme Drückbergerei und als ein verheerender Verzicht auf die Revolution selbst.

Unsere feste Überzeugung dagegen ist, daß das Proletariat alles Interesse daran hat, jede Bewegung und jede Institution zu fördern, die sich zum Ziel setzt, die unmittelbaren Kriegursachen zu verringern. Diese Auffassung ist durchaus marxistisch und daran wird nichts durch die Tatsache geändert, daß man für diesen bestimmten Zweck der Förderung eines Friedensinstrumentes sogar mit bürgerlichen oder halb-bürgerlichen Regierungen und Parteien gemeinsame Sache macht, wenn sie in der gleichen Richtung vorgehen. Es ist vielmehr die Aufgabe des Sozialismus, solche Parteien und Regierungen immer entschiedener auf diese Bahn zu drängen.

Der Völkerbund, so wie er aus dem Kriege als eine Liga der siegreichen Nationen gegen die besiegten Nationen herausgewachsen ist, ist zweifellos ein mangelhafter, an Widersprüchen reicher Organismus. Aber dieser Völkerbund befindet sich mit naturgemäßer Notwendigkeit mitten in einem dauernden Entwicklungsprozeß.

Und dieser Völkerbund wird morgen das sein, was die Klassenbewußten und talentvollen Proletarier dank ihrer Kraft und ihrem Willen aus ihm machen werden!

All das gilt leider natürlich nicht, wenigstens für die Gegenwart, im offiziellen Italien. Denn dort werden die proletarischen Kräfte und die fortschrittlichen Parteien grau sam niedergehalten. Aber das ist für uns Sozialisten kein Grund, an dieser evolutionistischen These hinsichtlich des Völkerbundes nicht festzuhalten. Es ist vielmehr für uns ein Grund mehr, diese These energischer denn je zu verteidigen, zumal wenn man die immer engeren Beziehungen zwischen der internationalen Politik und der inneren Politik bedenkt, wobei gegenwärtig in Italien die innere Politik der Außenpolitik vorangeht und sie bestimmt.

Denn letzten Endes ist der Nationalismus oder der Imperialismus nur eine Art von internationalem Faschismus, ebenso wie der Faschismus eine Art Imperialismus ist, den die jeweilige Regierung gegen die eigene Nation ausübt!

Die Anklage wird von den Staatsanwaltschaftsräten Polzin und Ziegel vertreten; als Verhandlungsleiter fungiert Amtsgerichtsrat Khladorf. Die Hauptangeklagten werden von den Rechtsanwältinnen Dr. Rüböl, Justizrat Werthauer, Herbert Fuchs, Dr. Binder und Wogohjinsti verteidigt.

Kommunistenkrach in Anhalt.

Erst Einheitsfront mit der Rechten — dann Rabau.

Desau, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Rechtsparteien demagogen am Donnerstag unliebsame Vorkommnisse in den staatlichen Salzwerken Leopoldsdahl, um im anhaltischen Landtag gegen die Minister Deist, Weber und Müller einen Mißtrauensantrag einzubringen. Bei der Abstimmung stimmten auch die Kommunisten zusammen mit den 14 Abgeordneten der Rechten und dem einen Völkischen gegen die Minister. Dennoch blieben die Gegner der Regierung in der Minderheit. Nach der Abstimmung verlas der Kommunist Besser eine Erklärung, die den Präsidenten zwang, ihn mehrfach zur Ordnung zu rufen und ihm schließlich das Wort zu entziehen. Als ein anderer kommunistischer Abgeordneter die Verlesung der kommunistischen Erklärung gegen den Einspruch des Präsidenten fortzusetzen versuchte, wurde die Sitzung geschlossen. Darauf brachte der Kommunist Besser ein Hoch auf das Proletariat aus; die kommunistischen Abgeordneten und Tribünenbesucher stimmten die Internationale an, so daß die Tribünen geräumt werden mußten. Die Kommunisten bewiesen durch ihr Verhalten, daß sie den ganzen Vorfall wohlüberlegt vorbereitet hatten, um auf diese Weise ihr beschämendes Zusammengehen mit den Rechtsradikalen zu vertuschen.

Deutschnationale Sozialpolitik.

Keine Arbeitslosenunterstützung in landwirtschaftlichen Bezirken?

In Nummer 12 des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht der Reichsarbeitsminister einen Erlaß an die obersten Landesbehörden für Arbeitsvermittlung und Erwerbstosenfürsorge über Förderung der Arbeitsaufnahmen im Frühjahr.

Dieser Erlaß demüht das deutschnationale Agrarierblatt, die „Deutsche Tageszeitung“, in Nummer 162 vom 8. April, um seine Sozialfeindschaft im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen.

Der Zweck des Erlasses ist, die Landesregierungen zu veranlassen, durch Ausbau der öffentlichen Arbeitsmarktorganisation die vorhandenen Mängel zu beseitigen, damit die Anregungen, die der deutsche Arbeitsmarkt mit dem Beginn des Frühjahrs durch die Landwirtschaft, das Baugewerbe und andere Kulturen zu erwarten hat, in vollem Maße ausgenutzt werden. Dazu werden eine Reihe begründeter Vorschläge gemacht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die freien Gewerkschaften haben immer wieder mit Nachdruck einen noch viel umfassenderen Ausbau der öffentlichen Arbeitsmarktorganisation gefordert. Wenn insbesondere die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung ungenügend ausgebaut ist, so ist das die Schuld der landwirtschaftlichen Unternehmer, die immer wieder versuchen, den Arbeitsnachweis zu einem ihnen günstigen Rechtsinstrument zu machen. Das kam auch auf der letzten Arbeitsnachweisstagung in Düsseldorf zum Ausdruck.

Neben diesen begründeten Vorschlägen enthält der Erlaß des Reichsarbeitsministeriums auch Vorschläge über die Handhabung der Erwerbstosenfürsorge in den landwirtschaftlichen Bezirken, die reaktionären Gemeinden eine willkommene Handhabe bieten werden, durch Entzug der Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslosen in solchen Gemeinden zu zwingen, unter den schändlichsten Arbeitsbedingungen Arbeit anzunehmen. Kein Wunder, daß solche Ausflüchte das Agrarierblatt in helles Entzücken versetzen!

Dieser Teil des Erlasses des Reichsarbeitsministeriums fordert zum schärfsten Protest heraus. Er beweist nur, wie dringend notwendig die geforderte gesetzliche Neuregelung der Erwerbstosenfürsorge ist.

Bei dieser Neuregelung wird es nicht nur darauf ankommen, einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu schaffen, gleichzeitig müssen die von der Beitragsleistung befreiten landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in die Erwerbstosenfürsorge einbezogen werden, damit auch sie im Falle der Arbeitslosigkeit einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben.

Der „Abend“-Prozess.

War sein Zeiter ein Expreffer?

Wien, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag begann in Wien der Prozess gegen den ehemaligen Chefredakteur des „Abend“, Alexander Weiss, der sich gegen die Anklage der Expreffung zu verantworten hat. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er sich von dem Großindustriellen Castiglioni, von der Depositenbank und der Länderbank habe bestechen lassen. Er soll ferner von diesen Unternehmen größere Beträge dafür verlangt haben, daß Angriffe im „Abend“ unterbleiben. Es wird behauptet, daß er durch Vermittlung des mitangeklagten Inseratenagenten des „Abend“ von Castiglioni 24 Millionen Kronen, von der Depositenbank 150 Millionen und von der Länderbank einige Millionen erhalten habe. Der Angeklagte Weiss bestreitet das allerdings. Von den Zeugen waren bei Beginn der Verhandlung drei, Castiglioni, ferner ein Generaldirektor der Depositenbank, der von der Staatsanwaltschaft wegen Betruges strafrechtlich verfolgt wird und sich in Paris aufhält, sowie ein Direktor der Länderbank nicht erschienen. Das Gericht beschloß, auch in Abwesenheit dieser drei Zeugen die Verhandlung durchzuführen.

Rücktritt Malvys.

Aus Gesundheitsgründen.

Paris, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Innenminister Malvy, der infolge eines nervösen Zusammenbruchs während der Kammerführung, in der er sich gegen die heftigen Angriffe der Nationalisten verteidigen mußte, einen Erholungsurlaub angetreten hatte, ist nach Paris zurückgekehrt. Malvy hat sich entschlossen, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederzulegen.

Nach einer späteren Hausaufhebung sind die Gründe für den Rücktritt nicht im Gesundheitszustand Malvys zu suchen. In dem für morgen angesetzten Ministerrat wird der Nachfolger Malvys bestimmt werden.

Bäuerlicher Terror gegen Sowjetapparat.

Der Kleinkrieg der russischen Bauern.

Moskau, 8. April. (Draht-Expreß.) Der Kleinkrieg der russischen Bauern gegen die Einrichtung der Sowjetbureaucratie und der kommunistischen Parteigenossen in die Angelegenheiten des Dorfes, ein Krieg, der in nur zu vielen Fällen von der bäuerlichen Seite mit Knüttel, Beil und sogar mit dem Gewehr geführt wird, kommt nicht zum Stillstand. Täglich haben die Sowjetblätter bald aus diesem, bald aus jenem Bezirk von furchtbaren Mißhandlungen, Mordeversuchen und auch vollendeten Morden zu berichten, deren Opfer neben den Vertretern der Sowjetbeamtenschaft und der KP. vor allem die im ganzen Lande verteilten Reporter sind, deren Artikel über das Leben im Dorf von den Bauern als Angeberlein bezogelter Regierungspläne angesehen und gefürchtet werden. Obwohl die Presse von Zeit zu Zeit Warnungen veröffentlicht, ist die Lage in dieser Hinsicht nicht besser geworden. Gerade jetzt ereigt ein Fall dieser Art wieder großes Aufsehen: im Dorf Dubowoy Borisienot in Belgorudland ist der kommunistische Jugendplaner Borisienot ermordet worden, der sich durch Anzeigen derjenigen Bauern verhasst gemacht hatte, die eigenmächtig Holz in den staatlichen Forsten fällten (ein Recht, das die Bauern mit zäher Energie zu erobern suchten) oder ihr Vieh verborgen hielten, um der Besteuerung zu entgehen. Bisher sind die Täter nicht ermittelt worden.

Jean Klein's Beisetzung erfolgte in dem Ehrengrab, das die Stadt Wien ihrem Ehrenbürger gewidmet hat. Auch der reichsdeutsche Geschäftsträger Graf Donhoff war erschienen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Verhandlungen über das Erwerbslosenproblem. Völlig ergebnisloser Verlauf.

Die Besprechungen zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und dem preussischen Wohlfahrtsministerium, die am Donnerstag über das Erwerbslosenproblem stattfanden, sind völlig ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber wollen von einer Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge, wie sie die Gewerkschaften vorgeschlagen haben, d. h. von einer Umstellung des Unterstützungssystems auf Lohnklassen nichts wissen. Sie erklären, diese Umstellung laufe nur darauf hinaus, für die Erwerbslosen höhere Sätze herauszuschlagen, und deshalb seien sie gegen jede Vorwegbehandlung bestimmter Fragen des Gesamtproblems der geplanten Arbeitslosenversicherung.

Mit dieser glatten Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften ist die Frage der Zwischenlösung in der Reform der Erwerbslosenfürsorge selbstverständlich nicht abgetan. Nach den Verhandlungen in Preußen, bei denen es sich zunächst nur um eine lose Fühlungnahme und Besprechung gehandelt hat, werden in der nächsten Woche die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat über die Erwerbslosenfrage beginnen. Dort werden die Arbeitgeber mit der bequemeren Methode, die Reform der Erwerbslosenfürsorge mit einer Handbewegung abzulehnen, nicht weit kommen. Ihren Haupteinwand, jeder Umbau der Erwerbslosenfürsorge koste Geld und größere soziale Lasten könne „die Wirtschaft“ nicht tragen, werden die Arbeitgeber nicht ewig wiederholen können, ohne sich lächerlich zu machen. Ueber die entscheidende Frage, wieviel schließlich vom Lohn als Unterstützung gezahlt werden soll, haben die Arbeitgeber nicht allein zu entscheiden.

Unfallhäufung bei der Reichsbahn.

Selbst dem Zentrum wird die Wirtschaft zu bunt.

Eine kleine Anfrage der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags weist darauf hin, daß in letzter Zeit eine bedenkliche Häufung von Eisenbahnunfällen zu verzeichnen gewesen ist, so im Verlaufe des letzten Jahres unter anderem in Hamburg, Magdeburg usw. Der Ausbesserungszustand beträgt zurzeit über 21 Prozent der vorhandenen 28000 Lokomotiven. Auf Betriebsunfälle ist ein Hauptteil der Schäden zu buchen.

Die Ursachen dieser dauernden Steigerung der Gefährdung der Eisenbahn scheinen in der Hauptsache auf Mangel an Personal und Ueberlastung der noch vorhandenen Kräfte zurückzuführen zu sein. Trotzdem bei den Reichs- und Staatsbehörden der Personalabbau beendet und durch Gesetze aufgehoben ist, finden bei der Reichsbahn noch ohne Unterbrechung sowohl Entlassungen wie Rücküberführungen von Beamten in das Arbeiterverhältnis, die Vorstufe der sicheren Entlassung, statt. Auf gefährlichen und verkehrsreichen Betriebsstellen beträgt

die tägliche Dienstzeit jetzt zwölf Stunden,

während auf demselben Posten und bei gleichen Betriebsverhältnissen in der Vorkriegszeit das Personal mit dreifachem Wechsel in 24 Stunden genügend besetzt war. Trotz des hohen Reparaturstandes von etwa 5000 Lokomotiven ist unmittelbar vor Ostern die Arbeiterentlassung aus dem Ausbesserungs- und Bahnbetriebswerken in verstärktem Umfange ein, z. B. in Sehdorf, Reilbor, Oppeln, Gleiwitz, Breslau, Köln, Trier usw. Sind dem Staatsministerium, so schließt die Anfrage, diese Zustände bekannt, und was gedenkt es zu tun, um die absolute Betriebssicherheit der Eisenbahn wieder herzustellen und der Personalentlassung Einhalt zu bieten?

Es ist vieles faul im Staate der Reichsbahngesellschaft, deren Wirtschaft sich mehr und mehr zu einer einzig großen Verkehrsgefahr auswächst. Wenn es mit Beschleunigungsnutzen getan wäre, würde längst alles in bester Ordnung sein. Es scheint jedoch selbst an der Einsicht zu fehlen, daß die Wirtschaft wie bisher nicht weitergehen kann.

Der jüngste Unfall bei Chrtwald.

Das schwere Eisenbahnunglück auf der Strecke zwischen Reutte und Garmisch-Partenkirchen liefert einen schlagenden Beweis für die verhängnisvolle Sparpolitik, wie sie von der Deutschen Reichsbahngesellschaft betrieben wird. Einwandfrei steht fest, daß die elektrische Maschine entgegen den deutschen und internationalen Bestimmungen nur von einem Beamten besetzt war. Dieser sah sich genötigt, während der Fahrt eine Reparatur an der Maschine vorzunehmen, wobei er abstürzte. Schon jetzt wird von der Reichsbahngesellschaft der Versuch gemacht, diesem verunglückten Beamten die Schuld zuzuschreiben, indem man erklärt: Es war noch nicht einwandfrei festgestellt, weshalb der Beamte während der Fahrt die Reparatur vornehmen wollte und dadurch das Unglück verursachte. Dieser Versuch, in dem Lokomotivführer den Schuldigen zu suchen, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Das Unglück ist in erster Linie auf die falsche Sparpolitik zurückzuführen, die diesen Zug dazu noch auf einer äußerst gefährlichen Gebirgsstrecke, mit einem Lokomotivführer fahren ließ.

Die Reichsbahndirektion München hat für den Notfall einen weiteren Brückenschlag gefunden, nämlich den Zugführer, der entgegen der Vorschrift, während der Fahrt auf der Lokomotive Platz zu nehmen, sich im Packwagen aufgehalten habe, um sich mit einem Reisenden über ein beschädigtes Gepäckstück auseinanderzusetzen. Die Situation der Reichsbahn wird dadurch nicht besser.

In dem Artikel: „Die Reichsbahn auf Abbruch“, in unserer gestrigen Abendausgabe, hat sich ein sinnenstehender Druckfehler eingeschlichen. Der erste Satz des Artikels muß lauten: „Seit Herr v. Siemens als Beauftragter des Reichsverbandes der deutschen Industrie an der Spitze des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft steht, ist eine in ihrem Umfange als grenzenlos zu bezeichnende Verschleuderung (nicht: Vermehrung) des Fundus der ehemaligen Reichsbahnen eingetreten.“

Sieben freie Sonntage im Jahr bei der Reichsbahn.

In einer kleinen Anfrage einiger Landtagsabgeordneter wurde das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß den jetzigen Angestellten der Deutschen Reichsbahngesellschaft hinreichende Sonntagsruhe, besonders zur Erfüllung sozialer und kirchlicher Forderungen gewährt werde. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Antwort des Handelsministers entnimmt, sollen dem Personal 17 Ruhesonntage gewährt werden; jedoch erhalten die Zugbegleitbediensteten des Hauptbahnhofs Breslau nur sieben Ruhesonntage jährlich, wozu noch zwei weitere Sonntage mit Gelegenheit für den Kirchenbesuch kommen. Der Minister hält dies nicht für ausreichend und ist daher bei dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft für eine Vermehrung der Ruhesonntage eingetreten.

Die Sonntagsruhe im Berliner Friseurgewerbe.

Betriebsruhe vom nächsten Sonntag ab.

Die seit dem 1. April 1935 bestehenden Ausnahmegesetzbestimmungen von der Sonntagsruhe für das Friseurgewerbe sind durch Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten vom 19. Januar 1936 in der Hauptsache aufgehoben worden. Seit Jahren haben die Innungsverbände auf ihren Bundestagen die reichsgerichtliche Durchführung der vollständigen Betriebsruhe gefordert. Die Berliner Innungen, die die Möglichkeit hatten gleich den Innungen fast aller übrigen Städte im Reich, auch ohnedem durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit die Sonntagsruhe für Berlin gemäß § 41b der Gewerbeordnung herbeizuführen, wollten davon nichts wissen, vielmehr die reichsgerichtliche Regelung abwarten, die nunmehr nur noch eine reine Formfrage ist, dennoch aber lange Zeit gebrauchen kann bis zu ihrer Erfüllung.

Nachdem aber seit dem 1. April dieses Jahres Gehilfen und Lehrlinge an Sonntagen in der Regel nicht mehr beschäftigt werden dürfen, trat für die Geschäftsinhaber der Zustand ein, daß sie des Sonntags allein arbeiten sollten. Die überwiegende Mehrheit der selbständigen Friseure Berlins hat sich daher entschlossen, die Einführung des vollständigen Ladenschlusses an Sonn- und Festtagen beim Polizeipräsidenten zu beantragen. Der Berliner Polizeipräsident hat diesem Antrag stattgegeben und seine Verordnung vom 19. Januar entsprechend ab-

geändert. Diese neue Verordnung tritt sofort in Kraft, so daß ab kommenden Sonntag die Friseurgeschäfte geschlossen zu halten sind. Abgesehen von den Ausnahmen für Theatervorstellungen darf fortan nur an den ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags gearbeitet werden.

Ausdrücklich sei noch bemerkt, daß mit dem Sonntagsladenschluß die gänzliche Betriebsruhe angeordnet ist, d. h., daß der bisherige Ladengeschäftsbetrieb nicht etwa an Sonntagen in die Hotels und die Behausungen der Kundschaft verlegt werden darf; weder von Meistern noch von Gehilfen oder Gehilfinnen.

Der Inhaber einer mechanischen Stickerie in der Kurtrasse, der durch die Presse zur Unterschriftenammlung gegen die Sonntagsruhe der Friseure auffordern wollte, kommt damit zu spät.

Die Balkankonferenz des IOB.

Sofia, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach erfolgreichen Vorbereitungen in Belgrad ist die Balkandelegation des Internationalen Gewerkschaftsbundes heute in Sofia eingetroffen. Schon an der Grenze begrüßten die Führer der bulgarischen Gewerkschaften die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In Sofia hatte sich am Bahnhof eine große Masse von Arbeitern eingefunden, die mit den Fahnen ihrer Gewerkschaften die Delegation erwarteten und sie mit Blumensträußen empfingen. Nach den gegenseitigen Begrüßungsreden bildete sich ein großer Zug, der durch die Stadt zog. Die Kommunisten hatten eine Gegendemonstration inszeniert, die jedoch gänzlich wirkungslos blieb. Ueberall auf ihrer Reise durch den Balkan begegnete die Delegation dem lebhaften Interesse der Arbeiterschaft für die Balkankonferenz.

Die Delegation besteht aus den Genossen Saffenbach, Sekretär des IOB, Mertens, Brüssel, Vizepräsident, Fimmen, Amsterdam, Sekretär der Internationalen Transportarbeiterdelegation, Wilhelm, Zürich, Sekretär der Union der Lebensmittelindustrie, und Simon, Nürnberg, Sekretär der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter.

Man rechnet mit einem äußerst erfolgreichen Verlauf der Balkankonferenz, an der die Gewerkschaften Bulgariens, Jugoslawiens, Rumaniens, Ungarns, Griechenlands und der Tschechoslowakei teilnehmen.

Die Verhandlungen nehmen heute ihren Anfang und werden voraussichtlich zwei Tage beanspruchen. Wie in Nr. 161 des „Vorwärts“ bereits berichtet, schließen sich an die Konferenz eine Reihe von Besprechungen und Versammlungen an, um die Gewerkschaftsbewegung auf dem Balkan neu zu beleben. Unser holländisches Parteiblatt „Het Volk“, Amsterdam, hat einen besonderen Berichterstatter zu der Konferenz entsandt.

Streik der niederrheinischen Baggereiarbeiter.

Köln, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiter in den Kiesbaggerbetrieben des Niederrheins sind in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber dem Personal ein Lohn- und Arbeitsabkommen vorgelegt haben, das außerordentliche Verschlechterungen enthält. Neben der zwölfstündigen Arbeitszeit soll für Nacharbeit und für Ueberstunden kein besonderer Zuschlag mehr gezahlt werden. Der Streik wird gemeinsam durchgeführt vom Deutschen Verkehrsbund, vom Zentralverband der Heizer und Maschinenisten und vom holländischen Transportarbeiterbund. Vor Zugang wird gewarnt!

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Erich Gehrman; Gemeinwohl: Hermann; Kultur: Dr. John Schifano; Soziale und Sonstige: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glöck; Amtlich in Berlin: Berlin: Bernheim-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bernheim-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co. Berlin G. m. b. H. Hohenstraße 2, hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikanträge

Überallt man nur dem Nachweis des Teutich. Musikerverbandes, Berlin O 37, Hindenburgstr. 21 (Römisches 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billigste Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Frisches Fleisch

- Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 70 Pf.
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund 75 Pf.
- Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund 90 Pf.
- Schweinebauch und Rücken m. Dige. . . Pfund 1 05
- Liesen Pfd. 90 Pf. Gehacktes Pfd. 70 Pf.
- Rinderkamm u. Brust 4 Str., Pfd. 50 Pf.

- Junge Tauben . . . Stück 120 88 Pf.
- Suppenhühner u. Hähne Pfd. 110 an
- Gänsepöckelfleisch . . . Pfund 1 35

- Naturbutter . . . 1/2 Pfund-Paket 93 Pf.
- Tafelbutter . . . Pfund 1 92 1 98

- Schokolade . . . Tafel ca. 200 Gramm 45 Pf.
- Borkenschokolade Karton 75 Gr. 30 Pf. Karton 150 Gr. 55 Pf.

Abt. Frische Blumen

Leipziger Platz

- Wilder Wein . . . Staude 1 M u. 80 Pf.
- Stiefmütterchen . . . Staude 0.10 Dahlien . . . Stück 0.40 bis 0.60
- Vergißmichnicht . . . Staude 0.10 Gladiolen . . . Stück 0.05 bis 0.15
- Gartennelken . . . Staude 0.30 Buschrosen . . . Bund 3 Stück 1.95
- Blütenstauden . . . 0.40 bis 0.75 Rosen Mittelstamm 2.75 Hochstamm 3.75

Große Auswahl in Kakteen, Topf von 0.35 an

Junger Spinat Pfund 32 Pf.

- Apfelsinen Dp. 0.75, 0.85 0.45 EG- u. Kochäpfel . Pfund 0.20
- Blut-Orangen Dp. 0.50 0.70 Rotkohl u. Weißkohl . Pfund 0.12
- Apfelsinen Kiste 80 bis 120 Stk. 6.90 Wirsingkohl . . Pfund 0.12
- Zitronen Duzend 0.35 Schwarzwurzeln . Pfund 0.14
- Kalifornische Äpfel Pfd. 0.45 Malta-Kartoffeln Pfund 0.15
- Kiste ca. 45 Pfund, brutto 14.75 Junger Salat gr. Kopf v. 0.20 an

Vollheringe Tönnchen (25 Stück) 3 25

- Seelachs ohne Kopf kleine große 0.14 Bücklinge kleine große 0.10
- Kabeljau ohne Kopf 0.18 Schellfische geräuch., Pfd. 0.45
- Zander . . . Pfund 0.70 0.90 Flundern geräuchert, Pfund 0.35
- Lebende Karpfen Pfund 1.00 Sprotten Pfd. 0.45 echte Pfd. 0.60
- Lebende Aale Pfd. 1.90 u. 2.20 Aale geräuchert . . . Pfund 2.10

Gebr. Kaffee eigene Rösterei Konsum-Misch. Pfd. 2 20

- Haushalt-Mischung Pfd. 2.60 Globus-Mischung Pfund 3.80
- Sonder-Mischung Pfund 3.00 Residenz-Mischung Pfd. 4.20
- Olympia-Mischung Pfund 3.40 Elite-Mischung . . Pfund 4.60

Konserven

- Stangenbohnen Dose 1/2 0.65 Rote Rüben Dose 1/2 0.58
- Sellerie in Scheiben 0.58 Apfelsauce 4 Pfd.-Dose 1.10 0.62
- Pfefferlinge kleine . . . 0.95 Mirabellen, Reineclauden 1.15
- Junge Erbsen mittelstark 0.75 Preiselbeeren SP. 2.10 0.80
- leis 1.05 sehr leis 1.50 Ananas Hawaii in Scheiben 1.85
- Kaiserschoten 1.65 Rindfleisch im eigenen Saft 1.20
- Stangenspargel 50/60 . . . 1.75 Gulasch Rind- u. Schweinefleisch, Pfd.-Dose 0.63
- Stangenspargel Dose 1/2 1.50 Oelsardinen . . . Klappdose 0.45
- extra stark 1.50 2.90 Franz. Sardinen Amieux frères 1/4, 1.40 1/2 2.75
- Bruchspargel dünn . . . 1.50

Konfitüren 2 Pfd.-Eim. 82 Johannbeer 95 Aprikosen 1 15

Landleber- u. Rotwurst 1 15

- Grobe Mettwurst Pfund 1.30 Zervelat- u. Salamw. Pfd. 1.80
- Gefüllter Schinken Pfund 1.30 Schinkenspeck Pfd.-Stücke 1.90
- Jagd- u. Fleischwurst Pfd. 1.50
- Braunschweig- u. Filetw. 1.55
- Fetter u. magerer Speck (deutsche Ware) Pfund 1.50

Camembert vollfett, 6 Port. Schachtel 55 Pf.

- Delikate Käse 1 Pfd.-Dose 0.50 Romatour Pfund 0.70
- Gouda östlicher . . Pfund 0.60 Edamer Pfund 0.80
- Holländer Pfund 0.78 Steinbuscher vollf. Pfd. 1.10
- Allgäuer Stangenkäse 0.58 Dän. Schweizerkäse Pfd. 1.10
- Tilsiter Pfd. 1.20, 0.95 0.78 Bayr. Schweizerkäse Pfd. 1.75

Gem. Backobst Pfund 46 Pf.

- Weißer Bohnen . . . Pfund 0.14 Tafelreis Pfund 0.20
- Viktoria-Erbsen . . Pfund 0.19 Eier-Schnitt-Nudeln Pfd. 0.48
- Linsen Pfund 0.19 Makkaroni Pfund 0.48

Wein

- 1924 Wellensteiner Berg Bowenmosel 0.72 1921 Liebfraumilch II rote Kapsel, helllich, mild 2.00
- 1924 Nittler Gipfel pikanter Tischmosel 0.80 Feiner Fruchtwein Johannisbeer-, Stachelbeer-, Kirsch- und Heidelbeerwein, Cyder 0.90
- 1923 Alshelm, Goldberg blumiger Rheinwein 0.90 Fruchtschaumwein vorzügl. Qual., einschl. P. 1.25
- 1920 Deidesheim, Gutenberg gehaltvoller Pinzer 1.30 Deutscher Weinbrand „Blo Brand“ 3.25
- 1922 Zeltinger reiner Mittelmosel 1.35 Feiner Kirschsafft 1/2 Flasche 0.80 1/4 Flasche 1.40
- 1922 Château Renouilh elegantier Bordeaux 1.60

In allen 4 Geschäften Wein vom Faß zu besonders billigen Preisen



„Die Kunst geht nach Brot.“ Wie wahr ist dies Wort. Der es einstmal ausgesprochen, kannte natürlich nur die „große Kunst“ Malerei und Plastik.

Das ursprüngliche Kabarett.

Seine Begründer und Stammväter waren in schönen, ruhigen Friedenszeiten erstmalig die „11 Schwarzköpfe“ in München, später kam dann Wolzogens „Leberdreißl“ und andere mehr.

Die „Inflation“-Kunst.

Während, scheinbar über Nacht, setzte der unjüngliche „Inflationsummel“ und mit ihm die allgemeine große „Vergnügungsleuchte“ ein.

„Die Kunst geht nach Brot.“



gab es aber überall natürlich auch mehr oder weniger künstlerische Darbietungen. Es kam ja auch gar nicht darauf an, wo, wie und warum man sich amüsierte, bloß die Zeit wollte man totschlagen.

Das Elend der „Kleinen“.

Was geschieht aber nun mit den vielen, unendlich vielen kleinen Tänzerinnen? Einige finden Verwendung in der Kunst, aber die wenigsten, da man hierzu nur große, sehr ebenmäßig gezeichnete Gestalten verwendet.

Programme wie auch Gagen infolge des schwachen Konsums arg reduziert. Und dann: verlangt man heute — Gott sei Dank! — von einer Tänzerin, daß sie — tanzen kann!

Jamile unter den Zedern.

Von Henri Bordeaux.

(Berechnigte Uebersetzung von J. Kunde.)

Ich beobachtete sie mit Interesse; aber Khasi Khury, der neben mir ritt, machte ungeduldige, sogar zornige Gebärden.

„Das ist es nicht,“ sagte er. „Und nach einigen Augenblicken fügte er hinzu: „So kamen sie auch damals.“

Ich bemerkte, die Vergangenheit hatte sich seiner ganz bemächtigt, so wie die Schleier der Nacht die Landschaft nach und nach einhüllten.

„Aberdings befand ich mich im Herzen des Libanon, in diesem Radischatal, welches die heilige Festung gublieden; die Kasse ist hier solider, weniger zur Ueberreizung geneigt.“

Die Spiele.

Solchen Erwägungen gab ich mich hin, als wir in Bescherre einzogen. Die ganze Bevölkerung, von der Rückkehr unterrichtet, erwartete uns; ein Trupp Strahenjungen war uns als Aufklärungsdienst entgegen geschickt worden.

Balkon, der nach einem Innenhof hinausging; die Bevölkerung stand dort schon dicht gedrängt. Das Haus, wo der Gast untergebracht ist, gehört von dem Augenblick an allen; es ist Gemeingut geworden.

Als Zeichen der Freude gab man Flintenschüsse nach allen Richtungen ab; die Kinder zündeten bengalische Feuer an; Fackeln stammten auf, während die Dunkelheit zunahm.

Im Gebirge.

Sehr früh am anderen Morgen nahm ich verabredetermaßen mit Khasi Khury den Aufstieg zum Kornet-es-Suada. Unser Gefolge bestand aus drei oder vier Dienern und einem Führer.

Unser Weg berührte wieder die Zedern. Der Hain liegt 2000 Meter über dem Meere. Dann geht es auf kaum angedeutetem Pfade weiter auf einer Föhre, die sich über Steingeröll hinzieht und manchmal wie eine Rille im Felsen auszieht.

Pferde versanken, die letzte Wegstrecke zu Fuß zurück. Der Gipfel lohnte unsere Anstrengung. Auf der einen Seite erblickten wir das Meer und sein bunt wechselndes Uferbild, die roten Felsen zwischen Baitrun und Tripolis, die rosa schimmernden Sanddünen der herrlichen Bucht von Akka.

(Fortsetzung folgt.)

Speise-Eis!

Wann hat der Winter seine Eisfabrikation eingestellt, so stehen schon wieder Eismänner und Eislagerer an den Straßenenden als erste und wahre Frühjahrsboten. Mit den ersten Schneeglockchen sind sie da, mag es noch so kalt sein, die Hauptsache ist, die Vorfrühlingssonne taucht Wärme vor. Zuerst kommt die Borbut an den belebten Plätzen, dann wie auf ein Signal vermehren sie sich von Tag zu Tag mehr und beim Blühen der Beissen wächst ihre Schar schon bedrückend an. Dann ist ihre Zeit gekommen und sie gehen sich sommerlich. Die Wagen sind leuchtend angestrichen, die neuesten gar sind wahre Säulenhallen, in denen der Verkäufer sitzend thronen kann. Vanilleeis! Eiswaffeln! Bald werden alle Früchte ihren Namen für die verschiedenfarbigen Eigenüsse hergeben müssen. Wie lange noch, kaum drei Monate und wir befinden uns mitten im Sommer und die Eisfabrik erreicht ihren Höhepunkt. Die Menschheit wird schlafen und schwitzen, im aufgeweichten Asphalt steden bleiben und auf die Eiswagen zuwanzen, um Kühlung auf der Zunge zu fühlen. Botsenungen, Radfahrer, kleine Mädchen, sie machen jetzt tapfer den Anfang, bald sind es Scharen. Schon jetzt braucht der Eismann nicht mehr wie vor Wochen zu bibbern und zu frieren, eine lebendige Reflektoren für Groß und kleinen Kaffee. Schon jetzt verdient er als Ausbeute seiner Standhaftigkeit mehr als ein paar Groschen, die er in den ersten Tagen glücklich zusammenbracht. Doch immerhin, es war Geld, eingenommen von der herrlichen Jugend, die trotz der Kälte den innerlichen Menschen noch exira mit Eis bedachte. Die Sonne schien, der Eismann war da und das genügte. Möge der Sommer eine gute Eisfabrik bringen, in der die so vergehliche Menschheit hoffentlich einmal nicht vergift, wie sehr sie im Winter sich die Glut des Äquators herbeischmeckt.

Der Kampf um die Wohnung.

Wie es kommt, daß man dem Wohlfahrtsamt anheimfällt.

Ein junger Schriftsteller schreibt in den folgenden Ausführungen seine Erlebnisse mit Wohnung, Wohnungsamt und Wohlfahrtsamt: Sie hat auch ein Dokument dafür, wie heute schäbige junge Menschen ihre Nerven in nichtigen Kleinigkeiten zermürhen müssen, ohne daß sie ihnen eine hilfreiche Hand bietet.

Der Besitzer eines Hauses im alten Westen, ein Spanier, der 30 Inflationshäuser hat, vermietet mit einer Bierzimmernwohnung. Er versichert, sie sei beschlagnehmbar; das wundert mich. Ich erkundige mich: Ja, wenn die Wohnung ein halbes Jahr freisteht, darfst du einziehen. Der Spanier verpflichtet mich, die Wohnung infanzibelen zu lassen; was nimmt man nicht für eine Wohnung auf sich? Während meine Frau, von einem Kind entbunden, im Krankenhaus liegt, lasse ich die fürchterlich verwahrloste Wohnung völlig neu zurechtstücken. Auf Kredit, den man mir wertwürdigerweise aus mein Gesicht hin gewährt. Als die Maurer fertig sind, streiche ich selber Decken, Wände und Fußboden. Nachts, wenn am Tage veruche ich die Entbindungskosten zu verdienen, konzentriere mich völlig. Lebe von Zigaretten. Ein Zimmer ist fertig. Frau und Kind sind im Triumph eingezogen. Das zweite Zimmer wird in Angriff genommen. Da kommt der Kladderadatsch. Sechs Wochen nach der Entbindung. Kaus mit auch! Das Wohnungsamt packt zu. Ihr seid im Unrecht. In 14 Tagen Zwangsraumung. Inzwischen habe ich ohnmachtsofer Beschwoer von meiner Wohnung einen gemeinnützigen Verein zwei Zimmer abvermietet, damit mir der größte Teil der Miete abgenommen wird, einem Verein, für den ich unentgeltlich arbeite. Nun werden Proteste eingelegt. Meiner kommt nicht zur Verhandlung. Aber zwei Tage vor der Zwangsraumung kommt erst die Ablehnung. Der Einspruch des Wirts soll nach der Räumung verhandelt werden. Man läuft zu den Behörden. Das Wohnungsamt im Tiergarten ist autoritätlich. Man muß betteln. Sehen, wie bezeltes Damen gegen Trinkgeld schleunigst die Akten gebracht, wie Rechtsanwältin der In der Untergrund ebenso auf die Fäden treten kann wie er mir, in der Untergrund ebenso auf die Fäden treten kann wie er mir, freigegeben wird. Ich warte drei Stunden: Der Herr Stadtrat ist zu einer Sitzung, heute nicht zu sprechen. (Morgen ist Räumung!)

Da greift der Verein ein, dessen Leiter Beziehungen hat. Binnen einer Stunde ist die Verfügung da, es wird nicht geräumt. 14 Tage Frist. Schon war für das Kind alles gewacht. Alles andere möchte abgeholt werden. Uns war es egal. Die Kerzen wollten nicht mehr. Der Vollzugsbeamte war schon zweimal da, schämte sich, hatte Tränen in den Augen. Vier Tage später ist wieder Sprechstunde. Ich warte wieder zweieinhalb Stunden. Schließlich bin ich dran, nach mehreren Spätergekommenen. Sie sind ohne Genehmigung in der Wohnung. Ich gebe Ihnen keine Stunde Frist. Ich bitte um mildere Umstände, um Zeit, eine Notwohnung zu suchen, sei selbst beschleunigt worden. Das interessiert uns gar nicht. Sie wissen als Schriftsteller, was Zwangswirtschaft bedeutet. Leider erlebte sie. Wir müssen parieren. Sie auch. Gern spielen wir nicht den Bittler. Schluss. Meine Frau, die wegen des Kindes um Schonung bittet, wird gar nicht angehört. Wir erleben das täglich zwanzigmal. Sie glauben nicht, wieviel Zwangsraumungen täglich stattfinden. Gehen Sie dort hin, wo sie hergekommen sind!

Nun aber kam ein Freund, der sagte: Was dir die Stadt einbrocht, soll sie selbst ausfressen. Laß das Wohlfahrtsamt bezahlen. Sachlage: kein Geld zum Umzug, kein Geld, ein Zimmer zu mieten. Nach langem Bitten bezahlt das Wohlfahrtsamt 20 Mark, sehr freundlich und teilnehmend. Dafür konnten die Möbel untergestellt werden, wo sie sicher sind. Mann, Frau und Kind in eine schmuckige Dachkammer, die dem Freunde gehört.

Nun ist, 10 Tage später, der Einspruch des Wirts dran. Urteil: Wohnung gehört dem Amt, Mieter trägt ein Drittel der Kosten, macht 67 Mark. An Instandhaltungskosten müssen noch bezahlt werden 215 Mark, an Entbindungskosten sind noch fällig 120 Mark, der Verein verlangt Schadenersatz 155 Mark. Das sind 550 Mark, über 400 Mark ganz unproduktiver Schulden. Das nun zuzählige Wohlfahrtsamt sagt mit Recht: Klagen Sie. Nach Entscheidung wollen wir Ihnen helfen, wenn nötig. Aber die Kerzen und die Gerichtsschreiber? Und die Wohnung, die nun leer steht und auf den neuen Mieter wartet?

Aus dem siebenten Stockwerk in die Tiefe.

Ein tragischer Vorfall ereignete sich gestern nachmittag kurz vor 5 Uhr im Fernamt in der Französischen Straße 33a, wo die 24 Jahre alte Telegraphengehilfin Herta B. fürst aus der Voigtstraße 32 aus dem siebenten Stockwerk auf den asphaltierten Hof hinabstürzte und mit zerstückelten Gliedern tot liegen blieb. Anscheinend liegt ein Unfallfall vor. Nach dem Aussagen der Betriebsleitung fühlte sich Fräulein B. nicht wohl und mußte über eine Stunde lang das Krankenzimmer zur Erholung aufsuchen. Kurz vor Dienstschluss begab sie sich in den Garderobenraum, wo sie sich schlüssig auf den Rand des offenstehenden Fensters setzte, um frische Luft zu schöpfen. Wahrscheinlich verlor sie infolge eines Schwindelanfalles das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß Fräulein B. vielleicht auch in selbstmörderischer Absicht hinabgesprang.

Praktische Kerze als Kokain- und Morphinverkäufer.

Monatelang fortgesetzten Nachforschungen und Beobachtungen der Kriminalpolizei gelang es jetzt, zwei praktische Kerze zu ermitteln, die ohne Untersuchung Leuten, die der Leidenschaft des Rauchergeräusches verfallen sind, Rezepte ausgehändigt und ihnen so zu Kokain und Morphin verholzen haben. Einer von ihnen wurde festgenommen und der Staatsanwaltshaft vorgeführt, der zweite ist auf freiem Fuße belassen. Ein dritter Mann, der sich für einen praktischen Arzt ausgab, ohne es zu sein, ein Dr. med. Konrad Rosenthal, der die ärztliche Staatsprüfung nicht abgelegt hat, zur Ausstellung von Rezepten also nicht berechtigt ist, wurde

ebenfalls in Haft genommen. Dieser lieferte die größten Mengen, und zwar unmittelbar an seine Kundenschaft. Der Mann ist selbst starker Kokainist. Er verteilte als ständiger Gast in vielen Tanzdielen und Bars im Westen Berlins und hatte eine umfangreiche Kundenschaft unter den Verbrauchern von Kokain und Morphin. Hierauf baute er seine ganze Existenz auf, nachdem er mit einem Konditoreibetrieb gescheitert war. Die Ueberführten werden sich demnächst vor Gericht zu verantworten haben, die beiden praktischen Kerze auch vor der Kerzenkammer, der das Ergebnis der Ermittlungen ebenfalls unterbreitet wurde.

Die freigeistige Woche.

Die letzte Tagung der freigeistigen Woche wurde eröffnet mit einem Vortrage von Walter Berendsohn: Schafft weltliche Feiern. Berendsohn erblickt einen Fehler der freigeistigen Bewegung darin, daß sie bisher zu wenig Wert auf die Abhaltung von weltlichen Feiern gelegt hat. Die Kirche versteht sich auf die Psychologie der Masse viel besser; sie kommt dem Gefühlsbedürfnis nach Feiern im weitgehendsten Maße entgegen. Es muß etwas geschaffen werden, was die religiösen Zeremonien ersetzt. Die weltlichen Feiern müssen den Zweck verfolgen, der Verbreitung freigeistiger Weltanschauung und dem Aufbau einer neuen Sittlichkeit zu dienen. Niemals darf bei den weltlichen Feiern das geprüchene Wort, die ausfallende Rede fehlen. Wenn die freigeistige Bewegung sich darauf einstellt, mehr Innenarbeit, mehr weltliche Seelsorge zu betreiben, wird sie eine große Hilfe für die sozialistische Bewegung sein. Bei der darauf folgenden Beratung des Programms wurde von Sievers Kritik an dem Beschluß der Programmkommission geübt, den Marxismus nicht zur Grundlage des Kulturprogramms zu machen. Das sei ein großer Fehler. Die Kirche ist ein Bestandteil des gegenwärtigen Klassenstaates, und wenn die freigeistige Bewegung die Kirche überwinden will, so muß sie sich als Mitglied der sozialistischen Bewegung betrachten. Diese sei ein kulturfördernder Faktor, mit dem die Kirche und jede geistige Reaktion rechnen. Riemer betonte, daß die Ablehnung nicht aus Beinerheit zur sozialistischen Idee erfolgt sei, sondern weil der Marxismus eine zu enge Grundlage bilde. — Zur Annahme gelangte eine Entschließung, die sich gegen alle imperialistischen Kriege wendet und eine zweite, die von den Arbeiterparteien die Propagierung der Kirchenaustrittsbewegung fordert. Mit einer Schlussansprache des Vorsitzenden wurde die Tagung geschlossen.

Am Abend vorher wurde den Teilnehmern der freigeistigen Woche in der Treptower Sternwarte ein Film gezeigt: Die Wohnarbeit der Arbeiter. Vorher wurde eine Besichtigung des Museums und des großen Fernrohrs vorgenommen.

Tödliche Straßenunfälle.

Beim Ueberschneiden des Fahrdammes vor dem Hause Greifswalder Straße 25 wurde gestern nachmittag der 20 Jahre alte Arbeiter Günther Wolff aus der Kaabelstraße 14 von einem Triebwagen der Linie 174 erlegt und mehrere Meter mitgeschleift. Die Verletzungen — u. a. ein Schädelbruch — waren aber so schwer, daß der Tod eintrat, bevor der zu Hilfe gerufene Arzt zur Stelle war. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Durch eigenes Verschulden kam dagegen gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr der 49 Jahre alte Kaufmann Eduard Elend aus der Fichtestraße 14 ums Leben. Elend wollte am Potsdamer Platz den Verberperron des Inhängers eines sich in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnzuges der Linie 15 besteigen, kam aber hierbei zu Fall und geriet unter die Räder des Wagens. Er konnte nach längeren Bemühungen nur noch als Leiche geborgen werden. Durch den Vorfall trat eine längere empfindliche Verkehrsstörung ein.

Das Opfer eines Verbrechens?

Zwischen den Schienen der Ringbahn in der Nähe des Berliner Siedebadbahnhofs Tempelhof wurde gestern abend von Eisenbahnarbeitern ein Mann mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden. Er wurde von den Beamten mit dem nächsten Zuge nach der Rettungsstelle Eichhornstraße am Potsdamer Bahnhof und von dort in bewußtlosem Zustande nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Bei dem Verletzten wurde ein schwerer Schädelbruch sowie mehrere klaffende Kopfwunden festgestellt. Aus Papieren geht hervor, daß es sich um den 36 Jahre alten italienischen Staatsangehörigen Otto Delwen handelt, der zuletzt in der Großbeerstraße 90 wohnte. Es wird vermutet, daß Delwen das Opfer eines Verbrechens geworden ist, da eine Kopfverletzung scheinbar von einem Hieb mit einem Schlagring herrührt. Die Kriminalpolizei ist mit der restlosen Klärung des Falles beschäftigt.

Was ist vor Moskau noch sicher?

Von der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege wird uns geschrieben: Der Bundestag der Arbeiter-Schachspieler in Jena ist ein Opfer kommunistischer Demagogie geworden. Der Bundesvorstand, der durchaus nicht kommunistisch orientiert ist, hatte eine russische Delegation eingeladen, die auch in einer Stärke von sieben Mann erschienen war. Die deutschen kommunistischen Drahtzieher haben das benutzt, um den Bundestag mit allerlei kommunistisch gefärbten Resolutionen zu überrumpeln, so daß man das Gefühl hat, als hätte hier ein kommunistischer Kongreß stattgefunden. Die man uns in dessen versichert, waren nur ganze sechs Kommunisten auf dem Bundestag anwesend — ein sehr beschämendes Zeugnis für die übrigen Delegierten, welche die kommunistischen Entschlüsse genehmigt haben. In einer dieser Resolutionen läßt man die „erste Arbeiter- und Bauernmacht, die Sowjet-Union“ hochleben, schimpft auf das eigene Land und beschuldigt die Sozialdemokratie. Den politischen Gefangenen in den Ländern der Bourgeoisie — aber ja nicht in den „Kolonien Rußlands“ — sendet man Grüße, ganz wie es in den kommunistischen Geisteserzeugnissen üblich ist. Dabei ist der Bund Mitglied der Luzerner Sportinternationale, deren Programm Neutralität zwischen den Arbeiterparteien verlangt. Wir erinnern uns noch, welches Geschrei die Kommunisten machten, als auf dem Pariser Kongreß beantragt wurde, Beziehungen zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale anzuknüpfen. Hier aber nützen die Kommunisten einen Bundestag, um die kommunistische Gewaltherrschaft in Rußland anzuhimmeln. Unter diesen Umständen lobt es sich nicht, auf die übrigen Beschlüsse des Kongresses einzugehen. Es genügt zu sagen, daß für einen ehrlichen Sozialdemokraten im Deutschen Arbeiter-Schachbund kein Platz mehr sein kann, wenn er nicht mit allen Kräften dafür eintritt, daß dieses Jena des Arbeiterschachs wieder gutgemacht wird.

Tanz und Sexualität.

Die „Genossenschaft deutscher Tanzlehrer“ veranstaltet in diesen Tagen eine Ausstellung „Der Tanz“ in den Räumen der Gesellschaft der Freunde, Potsdamer Str. 9. Diese Ausstellung ist nicht nur aus gesellschaftskritischen Gründen interessant, sondern auch von einiger Bedeutung als Anstoß zu mehreren wesentlichen Vorträgen, von denen der, den am Dienstag abend Herr Sozialrat Dr. Magnus Hirschfeld über das Thema „Tanz und Sexualität“ hielt, schon wegen der Persönlichkeit des Vortragenden eine besondere Stellung einnimmt. Die engen Beziehungen, die selbstverständlich stets zwischen Sexualität und Tanz bestanden, sind diesem besonders von der Kirche oft zum Vorwurf gemacht worden; man empfand ihn als „unzüchtig“. Dieser Vorwurf ist lächerlich und wird unser Verständnis niemals finden, weil er ein Vorwurf gegen die Natur und das Natürliche ist. Das Gedankliche beim Tanz ist durchaus sekundär, in erster Linie ist er reiner Ausdruck menschlichen Körpergefühls und eine so edle Form des Liebeswebens, daß nur der Wucher an ihm Anstoß nehmen kann. Der Sexualforscher glaubt wohl behaupten zu können, daß alle diejenigen, die absolute Segner des Tanzes sind, zu ihrer Auffassung nur deshalb kamen, weil ihr Liebesleben Abweichungen von

der Norm, wenn auch nur im Sinne der Sexualüberdrängung oder Sexualhemmung, aufweist. Wer am Tanz Vergnügen nimmt, argert sich eher über sich als über andere. Der Tanz ist eine Sublimierung der Seele für den Leib, die Liebe und das Leben und nur mehr solche eine diesseitige Weltanschauung verleiht, kann ihn als „schamlos“ oder „undeutsch“ empfinden. Dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag folgten auf der Bühne tänzerische Illustrationen unter dem Motto „Von Renaissanc bis zum Charlektion“. Je mehr man sich bei diesem Programm der Moderne nähert, desto besser gelang dessen Ausführung. Ein deutlicher Beweis dafür, daß der Tanz durchaus als Ausdruck modernen Lebensgefühls gewertet zu werden verdient.

Die Teilnehmer der Osterstudienfahrt der steiermärkischen Lehrerinnen und Lehrer wurden gestern im Rathaus von den Vertretern der Stadt Berlin empfangen. Bürgermeister Scholz begrüßte die Gäste in einer Ansprache, auf die der Führer der Studienfahrt, Dankwart Jzwerg, mit Worten des Dankes antwortete. Reichstagsabgeordneter Heile begrüßte hierauf die steiermärkischen im Rahmen des österreichisch-deutschen Volksbundes. — An die Begrüßung schloß sich ein zwangloses Beisammensein der Teilnehmer im hohen des Stadtwaldes.

Beziehungsungsaußschuß Groß-Berlin. Sonntag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr, nächste Theatervorstellung im Schillertheater. Die Aufführung „Lithopolis“ kann nicht stattfinden, wir bringen dafür „Die Rungue von Orleans“. Preis der Karte einschließlich der Nebenabgabe und Teatervettel 1,20 M. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben. — Sonntag, den 16. April, nach 3 Uhr, im Schillertheater, Charlottenburg: Wiederholung der Aufführung: „Der Gau“. Preis der Karte einschließlich Nebenabgabe und Teatervettel 1,20 M. Die Karte werben gebeten, ihren Kartenbesitz anzugeben. — **Arbeitsgemeinschaft Sozialisten.** Am Sonntag, den 17. April, spricht Genosse Staatsanwalt a. D. Dr. Renner-Wien über „Der geistige Arbeiter in der gegenwärtigen Gesellschaft“. Der Vortrag findet statt im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 2. Preis der Karte 50 Pf.

Volksbildungsamt Prenzlauer Berg. Sonntag, den 2. April 1926, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des russischdeutschen Gymnasiums, Weimarer Str. 43, ein Ballabend (Sochse). Einleitender Vortrag von Dr. Felix Müller. Mitwirkende: Kammeränger Leo Schilling, Bariton an der Staatsoper, Aida Varet, Regisseur; ein Klavier; Dr. Felix Müller. Eintrittskarten zum Preis von 30 Pf. (Mitglieder der Kulturgenossenschaft) sind zu haben: Volksbildungsamt, Danziger Str. 64 (Eckenerloge), Loh-, Ruckhagen, Schönhauser Allee 41, Gaje, Laden, Altenheimer Str. 31 und an der U-Bahnstation.

Großfeuer in einer Kaffee Rastmühle.

Am Donnerstag vormittag brach plötzlich in der großen Rastmühle von Otto Vogt in Kassel ein Großfeuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Das Feuer fand in dem Betriebe reiche Nahrung, so daß in ganz kurzer Zeit der ganze Mittelbau in Flammen stand. Sämtliche Feuerwehren waren alsbald zur Stelle. Nachdem der Mittelbau zum Teil bereits eingestürzt war, wußte sich die Feuerwehr darauf beschränken, die anderen Mühlenbauten zu retten und ein Uebergreifen des Feuers auf die Logerhäuser zu verhindern. Dem Feuer sind bisher sämtliche Maschinenräume mit den Maschinen zum Opfer gefallen. Der Brand wütet jedoch noch fort, so daß es sich bei dem herrschenden Winde nicht legen läßt, ob die anderen Teile der Mühle zu retten sind. Die Mühle ist auf alle Fälle auf lange Zeit außer Betrieb gesetzt. Die Entschuldigungsfrage des Brandes ist noch nicht geklärt.

Große republikanische Kundgebung in Wien.

Am 11. Juli d. J. findet in Wien der „Reichs-Ordner-Tag“ des österreichischen Republikanischen Schutzbundes statt, zu dem das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eingeladen worden ist. Der Kulturbeding, möglichst zahlreich in Deutschösterreich zu erscheinen, ist vom Bundesvorstand des Reichsbanners mit einem Aufruf an seine Mitglieder entworfen worden, in dem diese ersucht werden, durch einen Massenbesuch in Wien den österreichischen Kameraden den Dank für die wiederholten Besuche der Reichsbannertagungen abzulassen. Zwecks Zusammenstellung von Extrasätzen hat sich der Bundesvorstand des Reichsbanners an die Generaldirektion der Reichseisenbahngesellschaft gewandt.

Ein Mord nach 6 Jahren aufgeklärt. Im April 1920 war der der Einwohnerwehr angehörende Gerichtsdirektor Otto Donner in seiner Villa in Riederalpe erschossen aufgefunden worden. Man nahm damals einen Unfallfall an. Auf das Gerücht, daß Donner auf gewalttätige Weise ums Leben gekommen sei, nahm die inzwischen verstaatlichte Kriminalpolizei jetzt nach 6 Jahren neuerlich eine Untersuchung des Falles vor und stellte fest, daß Frau Donner und ihr Geliebter, der Gärtnergehilfe Otto Kronert, in gemeinsamem Einverständnis den Mord ausgeführt hatten. Beide haben ein volles Geständnis abgelegt und sind sofort dem Gericht zugeführt worden.

Sport.

Das 16. Berliner Sechstagerennen.

In der Arena am Kaiserdamm wird in der Zeit vom 8. bis 14. April das 16. Berliner Sechstagerennen abgehalten. Die Frage, ob die Veranstalter auf ihre Kosten kommen, wird wohl bereits der erste Tag beantworten, denn es ist ein nicht geringes finanzielles Ergebnis, zwei Veranstaltungen gleichen Charakters in einer Saison in Szene zu setzen. Gegen 9 Uhr abends sind Handwerker dabei, die letzte Hand anzulegen. Innenraum und Tribüne weisen noch gährende Leere auf. Die Wertungen werden wie folgt ausgefahren: nachmittags 3 1/2 und 4 1/2 Uhr je fünf Spurts zu zehn Runden. Am ersten Abend um 11 Uhr und am zweiten bis sechsten Abend um 10 Uhr je sechs Spurts und jede Nacht um 2 Uhr zehn Spurts zu zehn Runden. Die letzte Runde (die 145.) bringt ständig hintereinanderfolgende Spurts. Die ersten vier Fahrer werden gewertet, und zwar erhält der erste fünf, der zweite drei, der dritte zwei und der vierte einen Punkt zugeprohen. Endlich ertönt die Glocke und das Feld tritt die Vorfeststellungsrunde an. Die Mannschaft Bohl-Martin eröffnet den Reigen. Unter Führung Debaets zieht das Feld los, vor einem Hause, dessen Besuch zunächst noch etwas zu wünschen übrig läßt. Die erste Wertung beginnt um 11 Uhr. Die Resultate bringen wir im Abendblatt.

Rennen zu Strausberg am Donnerstag, den 8. April.

1. Rennen. 1. Friesland (Röhren), 2. Kornblume (E. Uthorn), 3. Lucretia (D. Scholz). Toto: 20 : 10. Platz: 16, 19, 39 : 10. Ferner liefen: Glos, Mier, Wilda, Wila.
2. Rennen. 1. Teufel (D. Schmidt), 2. Tarquato (Staudinger), 3. Hochländer (Grabich). Toto: 15 : 10. Platz: 11, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Glashöfer, Downs, Bunder, Galdern, Ode, Carocas, Blingender, Dolländer.
3. Rennen. 1. Goria (Hesslich), 2. Adler, 3. Carl Ferdinand (E. Baur), 4. Moos (Röhren). Toto: 37 : 10. Platz: 20, 33 : 10. Ferner liefen: Goldstein, Roschke, Partoll.
4. Rennen. 1. Dachkapler (Guguenin), 2. Messina (D. Schmidt), 3. Stenham (M. Treibig). Toto: 20 : 10. Platz: 10, 10 : 10. Ferner liefen: Oceana.
5. Rennen. 1. Soloca (Dr. Schüller), 2. Ferrara (Hr. Staudinger), 3. Landfall (Gaudin de Bog). Toto: 23 : 10. Platz: 14, 19 : 10. Ferner liefen: Ritz, Faust, gel. Romus IV, Landdrost.
6. Rennen. 1. Schmalme (Staudinger), 2. Lori (Grabich), 3. Schierke (Kurgama). Toto: 26 : 10. Platz: 24, 42, 57 : 10. Ferner liefen: Nektar, Bunsoll, Goriatar, Aldern, Beer, Gunt, Saloma II.
7. Rennen. 1. Röhling (Walter Dener), 2. Fuchterin (R. Edler), 3. Dautenton (Rudolph). Toto: 74 : 10. Platz: 17, 16, 16 : 10. Ferner liefen: Rumböhm, Treibig, Drebröhm, Gertrudig, Wih me guld.

Wetterbericht der Deutschen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachtr. 262.) Etwas kühl bei wechselnder Bewölkung, vereinzelt noch etwas Regen. — **Für Deutschland:** Veränderlich mit neuerer Abkühlung, vielfach leichte Regenfälle.

Wendepunkte in der Entwicklung Berlins.

Das Reichsbodenreformgesetz und der Mann der Tat.

Der Städtebaugesetzentwurf des preussischen Volkswohlfahrtsministers Hirtzinger, eine der wichtigsten Gesetzesvorlagen, die das Preussenparlament beschäftigt, hängt eng mit dem Reichsbodenreformgesetz zusammen, dessen Fassung von 1920 der Ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium sehr revidiert und nicht unwesentlich geändert hat. Einer der schwierigsten Probleme, worin sich beide Gesetzesentwürfe tief berühren, ist die Einschränkung privaten Ruhezweckes von Grund und Boden, den die Öffentlichkeit — aus sozialhygienischen Gründen vor allem — für sich beansprucht.

Beide Gesetzesentwürfe wollen geltendes Bodenrecht reformieren, altes Unrecht beseitigen. Das Städtebaugesetz soll Gemeinden zwingen, Generalbebauungspläne nach sozialen Grundfäden aufzustellen, statt wie bisher nach rein fiskalistischen Gesichtspunkten unter weitgehender Schonung spekulativen Grundbesitzes; es soll zur Durchführung zeitgemäßer Wohnbauprogramme die Bodenvorratswirtschaft erleichtern. Sein § 86 bestimmt, daß zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Mittel- und Kleinwohnungen oder Gesundung von Wohnvierteln und Häuserblocks erforderlicher Grund und Boden enteignet werden kann. § 65 ermächtigt Gemeinden, für Verkehrs- und Erholungsflächen (Park- und Gartenland, Spiel- und Sportplätze) erforderliches Land dem Eigentümer zu enteignen. Auch für die an der Entwicklung der Industrie stark interessierten Arbeiter und Angestellten ist wichtig die Bestimmung, die Gemeinden berechtigt, im Flächenaufteilungsplan als Industriezonen verzeichnete Terrains mittels Enteignung zu erwerben, um sie zuziehenden Unternehmern zuzuwenden.

Der revidierte Bodenreformgesetzentwurf bestimmt für Planfeststellungen — und zwar als Reichsgesetz (also Kompetenz-Kompetenz) — in § 7, daß die durch Landesgesetz „für die Bedürfnisse des Wohnens, des Verkehrs, der Erholung, des Gewerbes usw. festgelegten Flächen“ nur planmäßig genutzt werden sollen. Für Landbeschaffung im Sinne des preussischen Städtebaugesetzes gemäß § 11 des revidierten Reichsbodenreformgesetzentwurfes ist Kaufrecht und Enteignungsrecht auf unbebauten Boden. Nach § 21 dieses Entwurfes wäre dabei „der Preis zu zahlen, der sich aus der letzten Einschätzung nach dem Reichsbewertungsgesetz ergibt“. Als Entschädigung gälte — analog den entsprechenden Bestimmungen des Reichsiedlungsgesetzes und der Siedlungsverordnung für abgebaute Bezirke — auch eine als Reallohn einzuzuzählende tilgbare wertbeständige Rente. Das preussische Städtebaugesetz könnte allein schon den steinernen Trübsalstein der Mietskasernen und den Kleinhausbau an die Spitze bringen. Schon darum ein Gesetz, dessen Bedeutung für unser Wohnwesen und damit für die gesundheitliche und sittliche Entwicklung unseres Volkes nicht überschätzt werden kann. Was es für Berlin bedeutet, liegt auf jeder Hand. Es kommt nun darauf an, daß Berlin den richtigen Mann an den noch immer offenen Posten des Stadtbau- direktors stellt, einen Mann, der fähig, willens- und charakterfest genug ist, alle reformistischen Rücksichten der kommenden und der bereits bestehenden neudeutschen Boden-, Siedlungs- und Wohnungsgesetze zu verwirklichen. Außerordentlich behauertlich für Berlin ist, daß Schmidt-Essen nach dem Verlust, den der Siedlungsverband Fahrtenbezirk erwerbungs erlitten hat, dort nunmehr unabhängig ist. Die Kandidatur Schmidt hat wesentlich auf das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung eingewirkt. Also muß der Posten noch einmal ausgeschrieben werden. Vielleicht taucht dann aus dem Tiefenreichtum unseres Volkes der Mann an die Oberfläche, der fünftägigen Generationen der Reichshauptstadt vor Verderben an alle schützte, wie der unglückselige Berliner Bauungsplan von 1858 dies ist. Unser Mietskasernenland ist doch ganz konsequent aus diesem Bauungsplan herausgewachsen, dessen Aufstellung man seinerzeit einfach zuständigkeitshalber dem Polizeipräsidenten zugeschrieben hatte, das den Auftrag als „Nummer“ einem dazu engagierten jungen Baubeamten, dem Baumeister James Hübner weitergegeben hatte. Ein Verfahren, etwa wie wenn man die Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches einem Affessor gegen 2 Taler Dienen aufgegeben hätte.

Generations bis auf die heutige frankten und frankten immer wieder — ja, wenn man die kürzlich hier veröffentlichten Zahlen über die Verheertheit unserer Jugend durch Tuberkulose und Siphilis als Folge des Mietskasernenlebens betrachtet, kann man schon sagen: stehen hin unter dem furchtbaren Unglück, das der Bauungsplan von 1858 für Berlin bedeutet. Dieser Bauungsplan ließ systematisch die Steinwüste Berlin entstehen. Wer demnach den Zeitpunkt abzulesen, wo seine verheerende Wirkung überwinden wäre? Dieser Bauungsplan war ganz nach dem Herzen der Leute, denen Grundrente um so mehr die Latschen baute, je höher die Mietskasernen sich hinaufreckten, je dichter sie beieinander stehen, je enger Menschen wohnen, je größer, mit einem Wort, das Wohnungselend ist. Klassenwahlrecht, Hausbesitzerprivileg, das Gemeinwohlrecht der Vorkriegszeit, tragen ein gerüttelt und geschüttelt Maß an diesem Volksverbrechen. Berlin ist der Prototyp Vorbild. Hierin liegt eine enorme Verantwortung derer, die die Entwicklung Berlins mit bestimmen.

Es trifft sich gut, daß der Berliner Stadtbau- und Stadtdirektor zu wählen ist, während die beiden so überaus wichtigen Bodenreformgesetz als neue Gestirne am wirtschaftspolitischen Himmel aufstehen. In diesen Zeichen nur wird der neue Mann siegen über die mächtigen Widerwärtigen öffentlichen Wohles, die die Bodenreform zusammenhält.

Victor Rood.

Das Ergebnis des Volksbegehrens.

Wenig Eintragungsbeanstandungen in Berlin.

Zur endgültigen Feststellung des Ergebnisses der Eintragungen zum Volksbegehren trat im Stimmkreis Berlin II, der die sechs Altberliner Verwaltungsbezirke umfaßt, der Abstimmungsausschuss heute mittags im Rathaus zusammen. Auf dem „Tisch des Hauses“ hatte man einen Berg von Akten aufgeschichtet, in denen viele Tausende von Eintragungslisten gebündelt waren. Dem Abstimmungsausschuss blieb es erspart, diese Listen durchsehen zu müssen. Die Bezirksämter hatten das bereits gemacht, und der Abstimmungsausschuss brauchte nur noch seine Genehmigung zu erteilen. Der Abstimmungsleiter Stadtrat Dr. Richter berichtete, daß die Zahl der Beanstandungen nur gering gewesen ist. Sie war in den Verwaltungsbezirken Mitte 28, Tiergarten 4, Wedding 19, Breitenow Berg 3, Friedrichshagen 61, Kreuzberg 18, zusammen 131. Gründe der Beanstandungen waren Ehrverletzung, Bevormundung oder Pflichthaft, Unvollständigkeit der Eintragung, Eintragung in falschen Bezirken, Eintragung ohne den erforderlichen Eintragungsschein, Eintragung durch Stellvertreter. Doch Eintragungen durch Stellvertreter, welche trotz zweifelloser Ungültigkeit vorgenommen sind, möchte man kaum für möglich halten; Eintragungen dieser

Art sind aber festgestellt und dann beanstandet worden. Beanstandet wurde auch eine Eintragung, die in der amtlichen Bescheinigung bestand, daß die stimmberechtigte Person betrieblig sei und nicht kommen könne. Die Eintragungen wurden von den Stimmberechtigten hinterher wieder durchstrichen, das ist aber unzulässig, und die Eintragungen behalten Gültigkeit. Der Abstimmungsausschuss hat die in 46 Listen vorgefundenen Bleistifteinträge für gültig erklärt. Es ist zu wünschen, daß jeder sich mit Tinte einträgt, damit nicht Fälschungen möglich werden. Über das Gesetz steht den Gebrauch der Tinte für die Eintragungen nicht ausdrücklich vor. Die Streitfrage, ob verheiratete Frauen ihren Mädchennamen hinzufügen müssen, ist eigentlich gar keine Streitfrage; denn das Gesetz fordert das. Der Minister hat aber zugelassen, daß auch ohne Hinzufügung des Mädchennamens die Eintragung gültig ist, wenn bei der Eintragung durch einwandfreie Prüfung der Legitimation die Personlichkeit festgestellt worden ist. Daher hat auch der Abstimmungsausschuss hier keine Beanstandung für geboten erachtet. Nur gegen drei der 131 Beanstandungen ist Einspruch erhoben worden, und diese drei Einsprüche hat der Oberpräsident für berechtigt erklärt, so daß die Eintragungen gültig wurden und mitgezählt werden mußten. Außerdem ist ein Einspruch gegen die Bevormundung der Zulassung zur Eintragung erhoben worden, und auch diesen hat der Oberpräsident für berechtigt erklärt, so daß hier eine Eintragung, die tatsächlich unterdrückt war, mitgezählt wurde. Der „Vorwärts“ hat das amtliche Ergebnis für die 20 Verwaltungsbezirke bereits am 18. März in Nr. 130 mitgeteilt. Aus der Durchführung des Volksbegehrens sind der Stadt Berlin Kosten entstanden, die der Magistrat auf 217 000 Mark berechnet.

Maßnahmen für die jugendlichen Erwerbslosen.

Trotzdem im Bezirk Steglitz die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen nicht allzuhoch ist, so haben doch Arbeits- und Jugendamt gemeinsam nach Maßnahmen gesucht, um diese Jugendlichen aus den Barrikaden der öffentlichen Arbeitsnachweise zu entfernen, in denen sie aus Mangel an Beschäftigung und aus jugendlichem Uebermut nur zu gern allerlei Unfug verüben. Der Ortsausschuss für Leibesübungen hatte in einer gemeinsamen Konferenz mit den in Frage kommenden Dezentern die Maßnahmen für diesen Dienst an den Jugendlichen festgelegt, und die Erfahrungen haben gezeigt, daß diese sich gern an den Veranstaltungen beteiligen.

Es hat sich herausgestellt, daß es unpraktisch ist, einen festen Stundenplan einzuwirken. Dagegen ist es den Jugendlichen, zwei Herren und drei Damen, überlassen worden, mit den Jugendlichen selbst darüber zu beraten, was am besten zu tun ist. Die beiden Jungmännergruppen haben sich sehr schnell ihren Plan gemacht. Vorträge über allgemeines Wissen, Themen wechseln ab mit Werkunterricht an der Hobelbank, auch Vapparbeit, wobei ausdrücklich darauf geachtet wird, daß wirklich nur praktisch verwertbare Arbeit geleistet wird. Es bleibt den Jugendlichen überlassen, sich selbst Stücke zur Reparatur oder Bücher zum Einbinden usw. mitzubringen. Die kleinen Untkosten deckt das Jugendamt. An schönen Tagen wird einmal in der Woche fröhlich gewandert. Ein anderer Tag ist dem Sport und Spiel gewidmet. Das Verhältnis zwischen Leiter und Jugendlichen ist das denkbar beste. Die Jungmädchen werden von einer Haushaltungslehrerin, einer Turnlehrerin und einer wissenschaftlichen Lehrerin betreut. Kochunterricht, Plücken, Sticken und Nähen wechselt mit Vorträgen, Spiel, Sport und Wandern ab. Die fast völlige Freiheit der Leiter und Leiterinnen, die von den vorgezeichneten Stellen nur allgemeine Richtlinien für ihre Arbeit erhalten, ist für das Ganze von größtem Vorteil. Die Leiter berichten wöchentlich an das Jugendamt.

Die Ausschaltung der Unterstufen findet Mittwoch morgens statt, die Vermittlung täglich nach 12½ Uhr. Die Kurse bzw. Veranstaltungen für die Jugendlichen finden morgens von 9 bis 12 Uhr statt. Den Jugendlichen stehen auch Speisemärkte zur Verfügung. Selbstverständlich dürfen außer den Hauptunterstützungsempfängern auch alle anderen jugendlichen Erwerbslosen an den Kursen teilnehmen. Vor allem aber sollen Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren erfasst werden, doch beteiligen sich auch noch männliche Erwerbslose im Alter von 20 bis 23 Jahren an den Veranstaltungen.

Forstwanderungen für Jugendliche.

Auf Veranlassung des Bezirksjugendamts Treptow fand am 20. März für die jugendlichen Erwerbslosen eine forstkundliche Wanderung statt, die der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. A. Berlin-Friedrichshagen, Oberförster Rudra, unterst. von Konrektor Wille, leitete. Auf der Wanderung, die vom Bahnhof Grünau durch die anliegenden Forsten führte, wurde den Teilnehmern erklärt, wie die Insekten dieser Waldbesitzer, wie Abreihen von Weidenkäfern, von Blumen und Zweigen, Fäulen und Töten von Schmetterlingen und Käfern, Rauchen und Abföhen im Walde u. a. zu einer großen Schädigung der Bestände und zur Verödung der Natur in der Großstadtlande führen muß. Gleichzeitig wurden die diesbezüglichen Paragraphen der Naturschutzpolizeiverordnung erläutert. Den Teilnehmern wurden die Zusammenhänge im Naturgeschehen erklärt und auf viele Naturwunder aufmerksam gemacht, an denen die meisten Menschen achlos vorübergehen. Es fiel auf, daß die kaum von der Schulbank entlassene Jugend so wenig über das Alter der Bäume unterrichtet war. Wurde doch ein Kiefernbestand, der circa 50 Jahre alt war, auf 15—20 Jahre geschätzt. Von dieser unvollkommenen Altersschätzung ausgehend, wurde in einigen Saatkämpfen und Baum- schulen die Entfaltung der Ästler vom Samenform bis zum Altholz gezeigt. Die Wanderung führte noch durch einige in der Arbeit befindliche Kulturen bis in die Nähe von Carolinenhof, wo sich die Teilnehmer mit herzlichem Dank verabschiedeten. Diese Wanderungen unter sachverständiger Führung, die die Jugend lehren, mit offenen Augen durch den Wald zu gehen, sind aus wärmste zu begrüßen. Die Großstadtbevölkerung muß aus sich heraus erkennen, daß ihr mit dem Wald ein kostbares Gut in die Hand gegeben ist, das sie hegen und pflegen muß, zum Segen der Allgemeinheit. Demnach ist eine Führung der Jugend von Ober- schönweide geplant.

Die Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. A. Berlin-Friedrichshagen, hat an den Polizeipräsidenten folgende Eingabe gerichtet: „Kaum zeigen sich die ersten Kägen und wagt sich das erste Grün hervor, muß man mit Schrecken sehen, wie trotz Naturschutzpolizeiverordnung, die scheinbar nur auf dem Papier steht, Bäume und Sträucher in den städtischen Waldungen von Berliner Ausflüglern rücksichtslos geplündert werden. Selbst die Schutzpolizei, die doch hauptsächlich dazu berufen wäre, einer Verordnung des Herrn Polizeipräsidenten mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen, scheint bei den hier geringen Fällen die Augen zuzubinden. Nach unserer Ansicht wäre es wirklich nicht schwer, in kurzer Zeit die angeführte Verordnung durchzuführen, wenn nur an einigen Sonntagen die öffentlichen Führer und die Bahnhöfe überwacht und alle Personen, die mit Waldsträuben diese Verkehrs- mittel postieren und sich über den rechtmäßigen Erwerb nicht aus-“

weisen können, festgestellt und bestraft würden. Wir sind der Ansicht, daß nach wenigen Sonntagen unter den Ausflüglern das Bewußtsein einer Polizeiverordnung, die das Abreihen von Pflanzenenteilen um verbietet, bekannt wird und endlich dem Unfug, der schließlich zur vollkommenen Vermäherung der Berliner Wälder führen muß, Einhalt geboten wird. Wir bitten, die untergeordneten Stellen mit entsprechender Zumessung versehen zu wollen.“

Aus den Bezirken.

5. Bezirk — Friedrichshagen.

Die letzte Bezirksversammlung hatte sich wieder einmal mit einer reichhaltigen Tagesordnung von „nur“ 33 Punkten zu befassen, von denen leider durch die reichhaltige rednerische Mitarbeit der Kommunisten nur neun zur Erledigung gelangten. Einstimmig angenommen wurde vorerst eine Vorlage des Bezirksamts, die der Einrichtung eines Luft- und Sonnenbades zur Behandlung rachitischer Kleinkinder im Bezirk bezweckt. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Rachitis im 5. Bezirk außerordentlich stark grassiert. Nach den vorliegenden Entwürfen würde die Einrichtung des Bades rund 77 000 M. kosten. Wir wollen nur hoffen, daß auch der Magistrat diesem begrüßenswerten Beschluß seine Anerkennung nicht verweigert. Die in einem Ausschuss beratene alte Geschäftsordnung wurde nach langer, oft widerwärtiger Debatte und einer kleinen Streichung in der alten Fassung angenommen. Ein Antrag unserer Fraktion, der die Vermehrung der Kinderkrippen im Bezirk fordert, wurde ausgiebig vom Genossen Theet begründet. Er stellt dabei fest, daß eigentlich im Bezirk nur eine, von privater Seite betriebene Kinderkrippe vorhanden ist. Die Einrichtung solcher Krippen ist auch für die Volksbüchereien sehr wichtig, die sich unter dem gegenwärtigen Zustand auch nicht in der besten Verfassung befinden. Der Antrag sowie ein Zusatzantrag, der die Dezentralisation der Volksbüchereien auch für die Innenbezirke verlangt, wurden nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag unserer Genossen verlangt die Aufhebung des Besoldungs- sperregesetzes. Die der Genosse Theet betont, ist der Antrag in gewissem Sinne überholt, da der Reichsfinanzminister die Verlängerung nicht beantragt hat. Aber es machen sich schon Tendenzen einer verschleierten Fortführung bemerkbar, die vor allem im Gesetz zur Regelung des Wohnungsgeldzuschusses zu erblicken sind. Dieses Gesetz bedeutet auch einen unerhörten Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden, dem man entgegenzutreten müsse. In diesem Sinne wird der Antrag nebst Zusatzantrag, die letzterwähnte Angelegenheit betreffend, einstimmig angenommen. Großen Widerpruch findet bei allen bürgerlichen Parteien der weitere Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, betr. Ueberweisung der Mittel für Krippen, Kindergärten und Horte an die Bezirke und Uebernahme der vorhandenen Anstalten in städtische Verwaltung. Genosse Theet stellt in der Begründung des Antrages fest, daß sich im Bezirk keine einzige Kinderkrippe befindet, während einige 20 Kinder- gärten und Horte einer privaten Verwaltung unterstehen. Der Magistrat zahlt zur Unterhaltung zwar erhebliche Beiträge, hat aber sonst keinerlei Einfluss auf die Gestaltung der Dinge in den Heimen. So kann es passieren, daß sich ein Hort in einer Kirche in einem Keller befindet. Hierin müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Stadtrat Genosse Klodi betont als Vertreter des Bezirksamts, daß das Bezirksamt sich bereits alle Mühe gegeben habe, etwas Gutes zu schaffen. Bürgermeister Genosse Rieltig sei selbst beim Magistrat vorstellig geworden und habe festgestellt, daß gegen- über den 700 Kindern, die jetzt betreut werden, 6000 Kinder unter- gebracht werden müßten. Bisher sind Mittel nur für einen Hort bewilligt. Von bürgerlicher Seite wendet sich vor allem der deutsh- nationale Bezirksvertreter Treitin gegen den Antrag, da eine derartige Regelung angeblich die private Liebesbätigkeit lähmen würde. Nach seiner Darstellung kann nur die Kirche eine der- artige Liebesbätigkeit für sich beanspruchen. Herr Treitin holte sich die gehörige Abfuhr vom Genossen Theet und dem kommunistischen Redner. Der Antrag fand dann gegen die Stimmen der Bürger- lichen Annahme.

Die unbesoldeten Stadträte im Bezirk Kreuzberg.

Am 18. Dezember v. J. hatte die neugewählte Bezirks- vorordnetenversammlung des Bezirks Kreuzberg die Wahl der unbesoldeten Stadträte vorgenommen. Während der Wahl kam es zu aufregenden Szenen, weil der neu in die Versammlung gewählte Pfarrer Koch ein irrtümlich ausgesprochenes Wort des Vor- stehers bemängelte, um zu behaupten, nur die Kandidaten der deutsh- nationalen Liste sind als gewählt zu betrachten. Diese Behauptung ist von keiner Sachkenntnis getrieben. Im Gesetz Groß-Berlin ist ausdrücklich bestimmt, daß die Amtszeit der unbesoldeten Stadträte auf die Wahlperiode der Bezirks- respektive Stadtverordneten- versammlung beschränkt ist. Damit hat der Gesetzgeber unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht, daß die Fraktionen je nach ihrer Stärke im Magistrat durch die Hinzuzuzählung von unbesoldeten Stadträten vertreten sein müssen.

Die Bezirksversammlung hatte auf Grund der Kochs- Behauptung beschloffen, die Wahl sofort nach einmal vorzunehmen. An diesem Wohlklang beteiligten sich aber die Deutschnationalen und die Volkspartei nicht. Infolgedessen ließ die Liste das Wahlergebnis nicht verkünden. Zur Aufklärung sei bemerkt, daß das erste Wahl- ergebnis ebenfalls nicht bekanntgegeben wurde. Demnach wandten sich die Deutschnationalen mit Pfarrer Koch an der Spitze beschwerde- führend an den Oberpräsidenten und verlangten, daß nur die Kandidaten der deutshnationalen Liste bestätigt werden sollten.

In einer später tagenden Führerbesprechung sämtlicher Fraktionen haben die Deutschnationalen durch Pfarrer Koch er- klären lassen, daß die dem Oberpräsidenten überreichte Beschwerde sofort zurückgenommen werde, wenn beide Wahlgänge am 18. De- zember als ungültig erklärt und eine Neuwahl vorgenommen werde. Alle Fraktionen erklärten sich unter der Voraussetzung, daß die Be- schwerde zurückgenommen werde, mit der Neuwahl einverstanden. Diese wurde am 23. Dezember unter Beteiligung aller Fraktionen vorgenommen. Vor der Abstimmung stellte der Vorsteher die Frage: „Erhebt sich gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahlen vom 18. De- zember und Vornahme der Neuwahl Widerspruch“; kein Mitglied protestierte, worauf der Vorsteher das Einverständnis der Ver- sammlung feststellte. Von der SPD. wurden gewählt: die Genossen Schmeckardt, Hejchold Dittmer und Marske. Trotz der einwand- freien Rechtslage sind die unbesoldeten Stadträte des Bezirksamts Kreuzberg vom Oberpräsidenten immer noch nicht bestätigt. Volle drei Monate sind ins Land gegangen und nichts ist geschehen. Will der Herr Oberpräsident die Befähigung bis auf den St.-Nimmereinstag verschieben?

12. Bezirk — Steglitz.

Die letzte Bezirksversammlung fand in der Vorwoche statt. Sie war von dem deutshnationalen Vorsteher einberufen worden, um den Einspruch seiner Parteifreunde gegen die Wahl des Sozialdemo- kraten Bereser zum besoldeten Stadtrat zu verhandeln. Wert- würdigerweise empörte sich über diese Anberaumung der Versamm-

Der Abschluß der Preußenkasse.

Das Erstarren des genossenschaftlichen Kreditverkehrs.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse) kann auch diesmal wieder, wie im Vorjahr, mit Befriedigung auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Bei flüchtiger Betrachtung mag es allerdings scheinen, als ob die Ergebnisse des Jahres 1925 ungünstiger als die des Vorjahres seien, weil diesmal nur 6 Prozent Dividende — gegen 10 Prozent im Jahre 1924 — verteilt werden. Tatsächlich ist der Rohgewinn mit 17,11 Millionen Mark nur wenig höher als der Vorjahrgewinn mit 16,81 Millionen Mark. Das rührt daher, daß die Bank in diesem Jahre bei verstärkter Heranziehung fremder Gelder wieder mit einer außerordentlich geringen Zinspanne gearbeitet hat. Von den Zinseinnahmen in Höhe von 81,62 Millionen Mark (gegen 22,97 Millionen Mark im Vorjahre) mußten 63,58 Millionen Mark (gegen 9,56 Millionen Mark) an die fremden Kapitalgeber zurückgezahlt werden, so daß der Reingewinn aus dem Zinsgeschäft nur 16,03 (gegen 13,42) Millionen Mark beträgt. Unter Hinzurechnung der sonstigen Einnahmen, von denen diesmal die aus eigenen Wertpapieren besonders gering ausgefallen sind (rund 33.000 Mark gegen 2,40 Millionen Mark im Vorjahr), ergibt sich dann der bereits genannte Rohgewinn von 17,11 (16,81) Millionen Mark. Hieron beanspruchen Personalausgaben 3,06 (2,38) Millionen Mark, Sachausgaben einschließlich Steuern 0,87 (0,76) Millionen Mark, Abschreibungen und Rückstellungen 7,87 (9,08) Millionen Mark. Aus dem sonach verbleibenden Reingewinn von 5,31 (4,58) Millionen Mark gehen nochmals für Rückstellungen 2,63 (3,48) Millionen Mark, während für die sechsprozentige Dividende in diesem Jahr, auf das wesentlich höhere Grundkapital 2679 Millionen Mark beansprucht, gegen nur 1090 Millionen Mark, die im Vorjahr bei der zehnprozentigen Dividendengewährung auf das erst allmählich eingezahlte Kapital benötigt wurden.

Wenn die Gewinnerzielung ist bei einem genossenschaftlichen Kreditinstitut nicht das Entscheidende. Wesentlich ist vielmehr, daß es der Preußenkasse gelungen ist, die Erstarren des genossenschaftlichen Geldverkehrs wirksam zu unterstügen.

Die Zinspolitik der Preußenkasse war auch in diesem Jahre von dem tatkräftigen

Bestreben nach Abbau der Zinslücke

getragen. Für gewöhnliche Wechselkredite wurde im Jahre 1925 ein Zuschlag von 1 1/2 Prozent zum Reichsbankdiskont berechnet, im Februar ein Zuschlag von 1 Prozent und ab März wurden die Wechselkredite zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz ohne jeden weiteren Zuschlag gewährt. Für die Wechselkredite, die aus den Mitteln der Rentenbanktreuhandsstelle herrührten, und an die Verbandskassen und Genossenschaften weitergegeben wurden, galt die Bestimmung, daß der letzte Kreditnehmer höchstens 2 Prozent über Reichsbankdiskontsatz bzw. ab Ende Februar 1925 höchstens 12 Prozent zu zahlen hatte. Die gleiche Bestimmung wurde für die Rentenbank-Abwicklungskredite getroffen. Für Kredite in laufender Rechnung galt für die ersten beiden Monate des Jahres ein Zinsfuß in Höhe von 2 1/2 Prozent über Reichsbankdiskont, und ab 1. März 1925 wurde die Zinspanne sogar auf 1 Prozent ermäßigt. Diese Zinspolitik wurde dadurch ermöglicht, daß der Preußenkasse größere eigene Mittel zur Verfügung standen und ferner dadurch, daß die Mittel des offenen Geldmarktes, die von der Bank in großem Umfang herangezogen wurden, zu niedrigeren Sätzen als dem Reichsbankdiskont aufgenommen werden konnten. Im übrigen stammten die fremden Mittel weniger von der Reichsbank selbst als von der Rentenbank und ihrer Nachfolgerin, der Rentenbankkreditanstalt, die beide zu 1 Prozent unter Reichsbankdiskont Kredite an die Preußenkasse gewähren mußten.

Die von der Preußenkasse eingeräumten Kredite

erreichten im Oktober 1925 mit insgesamt 1,2 Milliarden Mark ihren höchsten Stand, um in den folgenden Monaten, infolge der Rückzahlung der Rentenbank-Abwicklungskredite und des Rückflusses

sonstiger Ausleihungen, bis auf 1,109 Milliarden Mark zum Jahresende zurückzugehen (gegen 0,791 Milliarden Mark zu Jahresbeginn 1925). Während der ersten Monate des laufenden Jahres sind weitere Rückflüsse erfolgt und erst in den letzten Wochen hat dann, infolge des erhöhten Kreditbedarfes der Landwirtschaft für den Einkauf von Düngemitteln, eine weitere Anspannung stattgefunden.

Von der Kreditsumme von 1,025 Milliarden Mark, die zu Jahresende ausleihbar war, entfielen auf die ländlichen Genossenschaften 833,3 Millionen Mark, auf die städtischen Verbandskassen 90,8 Millionen Mark (wovon 22 Millionen Mark Mittelstandskredite) und auf den sonstigen Kundenkreis der Preußenkasse, zu dem auch Konsum- und Bau-genossenschaften gehören, 81,9 Millionen Mark. Die Höhe der von der Landwirtschaft insgesamt seit der Währungsstabilisierung beanspruchten Realkredite wird von der Preußenkasse auf 1,13 Milliarden Mark veranschlagt, während die Personalverpflichtung der Landwirtschaft etwa 1,8—1,9 Milliarden Mark betragen soll. Die gelegentlich vertretene Auffassung, als ob die Landwirtschaft überhaupt keine Rückzahlungen auf Personalkredite vorgenommen habe, wird von der Preußenkasse als unrichtig bezeichnet. Allerdings ist der Betrag der Rückzahlungen mit 100 Millionen Mark verhältnismäßig gering.

Der Umfang der Preußenkasse hat sich im letzten Geschäftsjahr gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdreifacht und die Gesamtsumme ist sogar über das Vierfache angestiegen. Dabei betragen die Eigenmittel der Bank erst wieder 74,26 Millionen Mark (wovon 66,56 Millionen Mark Grundkapital) gegen 55,60 Millionen Mark im Jahre 1914. An öffentlichen Mitteln waren — durch direkte Beteiligung des Staates am Grundkapital und die zur Verteilung zugewiesenen Summen — nur ein Fünftel der Bilanzsumme vorhanden, während die übrigen vier Fünftel durch sonstige bankmäßige Geschäfte beschafft waren.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse ist ihrer Aufgabe, die in der Förderung des Genossenschaftswesens liegt, durchaus gerecht geworden. Der Geschäftsbericht enthält daher auch weitgehende Mitteilungen über die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse und der Wirtschaftslage bei den einzelnen Genossenschaftsgruppen. Ganz allgemein stellt der Bericht fest, daß das deutsche Genossenschaftswesen sich in den schwierigen ihr durch die Krise gestellten Aufgaben durchaus gewachsen gezeigt hat. „Wo im Genossenschaftswesen Verluste und Schwierigkeiten entstanden sind, da konnte fast überall festgestellt werden, daß die Ursache dieser Verluste in Geschäften außerhalb des genossenschaftlichen Rahmens lag. Während des Jahres 1925 sind bei 52.440 im Reichsgebiet arbeitenden eingetragenen Genossenschaften nur 130 Konten sowie 40 Geschäftsaussichten eröffnet worden, eine Zahl, die sowohl gegenüber der allgemeinen Ziffer von 11.184 Konten und 5008 Geschäftsaussichten wie gegenüber der Zahl der bestehenden Genossenschaften sehr gering ist. Auch hat im Gegensatz zu den sonstigen Wirtschaftsunternehmen das Genossenschaftswesen im abgelaufenen Geschäftsjahre eine weitere Ausdehnung erfahren.“ Die Zahl der Neugründungen von Genossenschaften überstieg die der Auflösungen um rund 114.

Mit besonderer Anerkennung erwähnt die Preußische Zentralgenossenschaftskasse den Verkauf ihres Geschäfts mit den Konsumvereinen. Der Geschäftsverkehr hat sich mit ihnen besonders glatt gestaltet, zumal diese in erfreulicher Weise in größerem Umfange wieder Eigenmittel annehmen konnten und die ihnen von der Preußischen Genossenschaftskasse eingeräumten Kredite im abgelaufenen Geschäftsjahr teilweise nur in geringem Umfange in Anspruch nahmen.

So spiegelt auch der Geschäftsbericht der Preußenkasse den trotz aller Krisenschwierigkeiten anhaltenden zähen Aufstieg der deutschen Genossenschaften.

einflüssen zu entziehen, damit also Reparaturen zu ersparen und die Leistungsfähigkeit des Fernsprechnetzes zu steigern. —

Diese Angaben sind in erster Linie für die am Kabelbau beteiligten Industrien, denen jedenfalls große Aufträge in kürzester Frist zufließen werden, von Interesse. Ueber die Form der Anleihe sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt.

Die Reichsbank am Quartalsende.

Auf die Gestaltung der Geldverhältnisse bei der Reichsbank am Quartalsende konnte man deshalb besonders gespannt sein, weil die Reichsbank ohne Rücksicht auf die an solchen Terminen zu erwartende Anspannung des Geldmarktes den Diskont bereits am 27. März auf 7 Proz. herabgesetzt hatte. Berücksichtigt man nun, daß durch die Zahlungshäufungen am Quartalsende ohnehin ein stärkerer Bedarf an Krediten und Zahlungsmitteln vorhanden ist, so erscheint die Anspannung der Reichsbank am 31. März geradezu als gering. Gegen Wechsel und Scheck wurden 121,4 Millionen Mark von der Reichsbank abgefordert; darüber hinaus wurden noch Wechsel, die bereits redistriktiert waren, in Höhe von 46,5 Millionen Mark an die Reichsbank zurückgeliefert. Schließlich scholl der von der Reichsbank gegebene Lombardkredit um die beträchtliche Summe von 72 Millionen auf 77,5 Millionen Mark an — eine Folge weitgehender Verpfändung von Wertpapieren zur raschen Geldbeschaffung. Wenn so die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank (einschließlich der Effekten) um 197,4 auf 1537,9 Millionen Mark angewachsen ist, und insgesamt für 645,9 Millionen Mark, größtenteils infolge von Abhebungen fremder Gelder, neue Zahlungsmittel aus den Kassen der Bank in den Verkehr kamen, so ist das ein für diesen Termin keineswegs ungewöhnlich hoher Betrag. Die Wechselkredite haben sich verhältnismäßig sehr wenig geändert. Sie bleiben mit 1213,9 Millionen Mark wesentlich hinter den gleichen Zahlen der früheren Quartalsendetermine zurück.

Man wird bei diesen Feststellungen im Auge behalten müssen, daß die Diskontermäßigung, die kurz vor dem Ultimo erfolgte, sich nicht voll auswirken konnte. Trotzdem deutet die verhältnismäßig geringe Inanspruchnahme der Zentralnotenbank in Zusammenhang mit der anhaltenden Geldstilleheit darauf hin, daß der Bedarf an kurzfristigen Wechselkrediten nicht mehr so groß wie früher ist. — Die Goldvorräte der Reichsbank stellten sich Ende April auf 1491,1 Millionen Mark gegen 1208 Millionen Mark Ende De-

zember vorigen Jahres. Der Bestand an deckungsfähigen Devisen hat sich gegenüber dem letzten Quartalsende von 402,5 auf 481,2 Millionen Mark gehoben. — In der letzten Woche wurden für 13,7 Millionen Mark Rentenbankscheine getilgt, so daß sich der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen auf 4268,1 Millionen Mark stellte.

Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug Ende März 47,2 Proz., durch Gold und Devisen zusammen 62,4 Proz. Selbst in der Zeit starker Geldabflüsse waren also die Reichsbanknoten noch fast zu zwei Dritteln durch Gold und Devisen gedeckt!

Der Großhandelsindex.

Die für den Durchschnitt März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist mit 118,3 gegenüber dem Vormonat (118,4) nahezu unverändert geblieben. Während unter den industriellen Rohstoffen und Halbwaren besonders die Preise der Textilien und Metalle weiter nachgegeben haben, sind die Getreidepreise im allgemeinen gestiegen. Von den Hauptgruppen haben inselbesonders die Agrarerzeugnisse von 112,4 im Februar auf 113,1 im März oder um 0,6 Proz. angezogen, wogegen die Industriestoffe von 120,5 auf 128,0 oder um 1,2 Proz. zurückgegangen sind. Die Indexziffer der Agrarerzeugnisse stellte sich bei durchweg beträchtlich gestiegenen Getreidepreisen für den 31. März auf 118,1 und für den 7. April auf 119,3. Die Industriestoffe lagen dagegen am 31. März auf 127,1 und am 7. April auf 126,9. Für die Gesamtindexziffer ergab sich für diese beiden Stichtage ein Stand von 121,2 und 122,0.

Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft. Der Generalversammlung der Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft lag der Abschluß für den 31. Dezember 1925 vor. Die Gesellschaft, die der A.G. nahesteht, betreibt einige wenige Elektrizitätswerke in kleineren und mittleren Städten, ist aber in der Hauptsache eine Dachgesellschaft, die beteiligt ist an der Bayerischen Elektrizitätslieferungs-A.G., an der Thüringer Elektrizitätslieferungs-A.G., an der Main-Kraftwerke A.G., an der Kommunalen Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft, an der Sächsischen Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft, am Elektrizitätswerk Brandenburg (Havel), an den Brennerwerken G. m. b. H., am Lauscher Elektrizitätswerk G. m. b. H., am Elektrizitätswerk Schwandorf G. m. b. H. und an der Kohlenveredlung G. m. b. H. Die letzte Gesellschaft ist ein Unternehmen, das nach erfolgreich verlaufenen Versuchen auf Grund einiger Patente die Verwertung von Braunkohlen und die Kuppelvergasung der hierbei gewonnenen Produkte zur Dampferzeugung, Gas- und Elektrizitätsversorgung betreibt. Die Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft konstatiert bei all ihren Beteiligungen im ganzen den Zuwachs neuer Anschlüsse von Stromabnehmern und erhöhte Ausnutzung vorhandener. Sie bedauert die Elektrizierungsbestrebungen der öffentlichen Hand, „deren Aktion“, so heißt es wörtlich im Geschäftsbericht, „nicht immer im Interesse einer ruhigen und technischen Entwicklung liegt“. Das Unternehmen erzielte bei einem Aktienkapital von 20,040 Millionen Mark einen Reingewinn von etwas über 2 Millionen Mark, aus dem eine Dividende von 9 Proz. auf die Stammaktien, von 6 Proz. auf die Vorzugsaktien ausgeschüttet wird. Die gleiche Dividende wie die Vorzugsaktien, 6 Proz., erhalten die Abnehmer von Gemischtheinen.

Der Zusammenschluß im Berliner Mühlen-Gewerbe. Am Donnerstag fand die Generalversammlung der vier Berliner Großmüllereien statt, die über das bereits angekündigte Zusammenschluß-Beschluß faßten. Es handelt sich um die Berliner Viktoria-Mühle, um die Berliner Dampf-Mühle A. G., um die Humboldt-Mühle A. G. und um die Weizenmühle Karl Salomon u. Co. A. G. Der Zusammenschluß wurde dadurch erleichtert, daß der größte Teil der Aktien dieser Mühlen sich in einer Hand befindet, die natürlich im Interesse des Zusammenschlusses den bestimmenden Einfluß ausübt. Die Mühlen stehen alle der Blumenstein-Gruppe nahe, die auch in der Zuckindustrie sehr starke Interessen hat. Eine Begründung für die Notwendigkeit eines derartigen Zusammenschlusses erübrigt sich in einer Zeit, in der die Rationalisierung der Wirtschaft zum herrschenden Prinzip geworden ist. Die Form, in der der Zusammenschluß erfolgen soll, ist die folgende: Mit einem Kapital von 20.000 Reichsmark wird eine Betriebsgesellschaft Berliner Mühlen m. b. H. gegründet. Gleichzeitig wird von den Mühlen und der Betriebsgesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Mark eine offene Handelsgesellschaft errichtet. Diese offene Handelsgesellschaft kauft die Mühlen, die von der Betriebsgesellschaft betrieben werden. An der G. m. b. H. ist jede der Mühlen zu einem Viertel beteiligt. An der offenen Handelsgesellschaft ist die Beteiligung der Mühlen auf 98 Proz. bemessen, während die restlichen 2 Proz. für die Betriebsgesellschaft übrig bleiben. Der Anteil der Beteiligung der Mühlen an der offenen Handelsgesellschaft wird durch ihre Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bestimmt. Formell wird die Selbständigkeit der Mühlen nicht berührt. Für die Ernährungswirtschaft kann dieser Zusammenschluß, weil er einen Teil der Konkurrenz ausschaltet, von größter Bedeutung sein. Der Einkauf des Getreides soll unter Umgehung des Handels direkt bei den Produzenten vorgenommen werden, und zwar gemeinsam durch die Betriebsgesellschaft. Dagegen wird in dem Verkauf der Produkte jede Mühle freie Hand haben. Da aber eine Interessengemeinschaft zwischen den vier Mühlen besteht, dürfte beim Verkauf wohl auch der Wettbewerb untereinander ausfallen. Allerdings genügt dieser Zusammenschluß keineswegs, um irgendwelche Preisdiskatur in bezug auf die Weizenpreise ausbilden zu können. Das wäre nur möglich, wenn durch eine rigorose Zollpolitik die Weizenimporte zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich gesperrt wäre. Daß der Trust aus den gegenwärtigen hohen Weizenpreisen bereits erheblichen Nutzen zieht, ist selbstverständlich.

Das vorbereitende Komitee der Internationalen Wirtschaftskonferenz, das auf Grund einer von der Völkerbundversammlung des letzten Jahres gefassten Entscheidung eingesetzt wurde, wird am 26. dieses Monats zum erstenmal zusammentreten. Nach dem Wortlaut der Entschließung soll dieses Komitee sich stützen auf die technischen Organisationen des Völkerbundes und auf das internationale Arbeitsamt. Zwei Mitglieder des internationalen Arbeitsamtes wurden von dem Völkerbundsrat ernannt, ins Komitee einzutreten, nämlich Hodoc und Jouhaux. Die drei Vertreter der Arbeiterklasse, die nach Rücksprache mit der Arbeitnehmergruppe des Verwaltungsrates bezeichnet wurden, sind Dube, G. E. S., Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, G. G. E. T., Mitglied des leitenden Ausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und C. G. H., Mitglied des Generalrates des Kongresses der britischen Gewerkschaften. Der Völkerbundsrat bezieht sich als weiteres Komiteemitglied den Generalsekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes von Belgien, Pauwels.

Ein staatliches Elektrizitätsprojekt für Spanien. Der Ministerat beschäftigte sich mit einem Projekt des Arbeitsministers für ein ausgedehntes nationales Netz zur Verteilung billiger elektrischer Kraft, das besonders Energie für den elektrischen Betrieb von Wasserwerken zur Bewässerung heute unfruchtbarer Landstrichen liefern soll.

Wiederaufnahme der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen. Die nach Beendigung der ersten Lesung am 29. Januar dieses Jahres unterbrochenen deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen sind am 7. dieses Monats in Berlin wiederaufgenommen worden.

Deutsch-französischer Handel.

Erweiterung des Handelsprovisoriums.

Wie wir bereits berichteten, ist das am 12. Februar zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Handelsprovisorium Anfang April durch ein Zusatzabkommen ergänzt worden. Die Unterzeichnung dieses Abkommens hat gestern in Paris stattgefunden. Hierzu wird uns mitgeteilt, daß im Zusatzabkommen keine zeitliche Verlängerung des provisorischen Vertragszustandes, sondern lediglich eine Erweiterung der Warenkontingente vorgesehen ist, die zu ermäßigten Zollsätzen für die Einfuhr zugelassen werden. Deutschland gewährt eine Verdoppelung des bisherigen Freishmiedelkontingents von 27.000 Doppelzentnern, das bereits wenige Wochen nach der Freigabe erschöpft war. Man rechnet damit, daß die zweite Rate des Kontingents wieder in einigen Wochen, etwa bis Mitte Mai, zur Einfuhr nach Deutschland kommen wird, so daß eine Schädigung des deutschen Gemüsebaues durch die „Ueber-schwemmung“ des Marktes mit billiger französischer Ware nicht eintreten braucht. — Frankreich läßt für einige weiteren Waren (so Milch, Käse, Magnetabbindungen) Einfuhrkontingente bei dem Provisorium vom 12. Februar schon bestehenden Kontingente (für Chemikalien, Holz, Küchengeräte und landwirtschaftliche Maschinen).

Für Frankreich laufen die Vergünstigungen aus dem Provisorium zu Mitte Mai ab; für Deutschland (dem eine einmonatige „Einfuhrzeit“ zur Vorbereitung des Geschäfts gewährt wurde) zu Mitte Juni. Dann entsteht also wieder die Frage, wann die seit fast zwei Jahren andauernden Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages zu einem greifbaren Ergebnis kommen, das bisher immer wieder durch offene und geheime Widerstände aller Art — auf beiden Seiten! — hinausgeögert worden ist.

Eine Anleihe der Reichspost.

Die Reichspost beabsichtigt, eine Inlandsanleihe von 150 Millionen Mark aufzunehmen, wovon 70 bis 75 Millionen bereits in den nächsten Tagen abgeschlossen werden sollen. Am Dienstag der kommenden Woche sollen, wie wir hören, die entscheidenden Verhandlungen stattfinden. Der Kredit ist in erster Linie dazu bestimmt, einen größeren Teil der Fernspreitleitungen in unterirdische Kabel umzuwandeln, um sie den Witterungs-

Gewerkschaftsbewegung

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Zum Verbandstag der Sattler.

Am 12. April beginnt in Hamburg der ordentliche Verbandstag des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes. Mit Rücksicht auf die frühzeitige Tagung wurde der Geschäftsbericht beschleunigt fertig gestellt.

Das Jahr 1925 stand für den Verband unter dem Zeichen einer schweren wirtschaftlichen Krise. Die meisten in der Organisation zusammengefaßten Berufsgruppen wurden bereits im Spätsommer in die kurzzeit noch fortwährende Wirtschaftskrise hineingezogen. Insbesondere wurden die Fahrzeug-, Lederwaren- und Ledermöbelindustrie hart von der Arbeitslosigkeit betroffen. Das Tapezierergewerbe folgte erst gegen Ausgang des Jahres, überstieg aber in dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit kaum das sonst übliche.

Bei einer Mitgliederziffer von 31.800 waren am 31. Dezember 1925 6358 männliche und 1489 weibliche Mitglieder voll arbeitslos. Hinzu kommen noch 10.915 Kurzarbeiter, von denen 7165 rund 24 Stunden und noch weniger die Woche arbeiteten. Insgesamt waren am Jahresabschluss 18.782 Mitglieder von Arbeitslosigkeit betroffen, also nicht weniger als 58,8 Proz., davon 23 Proz. voll arbeitslos. Diese Zahlen haben sich in den drei verfloßenen Monaten des Jahres 1926 noch beträchtlich gesteigert. Der Verband hat seine ganze Spannkraft zusammennehmen müssen, diese schweren Zeiten zu meistern.

Beachtlich ist ferner, daß auch zu Jahresanfang 1925 bis in das späte Frühjahr hinein ebenfalls eine hohe Arbeitslosigkeit vorhanden war. Man kann ruhig sagen, daß das Jahr 1925 für den Verband ein Krisenjahr in Permanenz war.

Trotz dieser wenig günstigen Umstände war es möglich, die Mitgliederziffer um 549 zu steigern. Der Zuwachs an männlichen Mitgliedern war sogar 677, dagegen trat bei den weiblichen Mitgliedern ein Verlust von 128 Mitgliedern ein.

Der Verband wurde im Vorjahr in eine große Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe verwickelt, wenn auch die Zahl der Streitigkeiten gegenüber 1924 von 13.652 auf 5362 zurückging. Vornehmlich hatte das Tapezierergewerbe heftige und langwierige Kämpfe zu bestehen, die fast auf der ganzen Linie zum Erfolg führten. Andererseits wurde die Organisation, namentlich in der Autoindustrie, durch Aussperrungen hart angefaßt. Es ist gelungen, die Angriffe auf den Achtstundentag abzuwehren. Es wurden auch beachtliche Lohnerhöhungen durchgeführt. Insgesamt wurden in 621 Fällen Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen durchgeführt. In 107 Fällen in 1186 Betrieben kam es auf eine Dauer von 158.085 Tagen zum Streik, wofür eine Summe von 211.808 M. an Unterstützung ausgegeben wurde.

Fast reiflos arbeitet die Mitgliedschaft unter tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Vorjahr wurden 32 Tarifverträge für 2234 Betriebe mit 9000 Beschäftigten neu abgeschlossen bzw. erneuert, so daß am Jahresabschluss 92 Manteltarife für 5462 Betriebe mit 29.255 Beschäftigten bestanden.

Recht hohe Anforderungen wurden an die Rasse infolge der schweren wirtschaftlichen Krise gestellt. In der Inflationszeit wurden die sozialen Unterstützungen für Erwerbslose, Kranke usw. eingestellt. Am 1. Januar 1925 traten diese Einrichtungen wieder in Kraft und mündeten oder gleich eine starke Probe bestehen. Für Reisende und Erwerbslose wurden 145.210 M., an Kranke 80.909 M., an sonstigen Unterstützungen und Rechtschutz 20.909 M. ausgezahlt. Rechnen wir die Ausgaben für den Kampf und diese für die sozialen Unterstützungen zusammen, so wurden in dem verfloßenen Jahr 470.600 M. an die Mitgliedschaft zurückgezahlt.

Auf dem Hamburger Verbandstag sollen neue Mittel und Wege gefunden werden, um die Leistungsfähigkeit des Verbandes noch zu stärken. Das Betrags- und Unterstütsungswesen ist stark reformbedürftig und werden sicherlich den Zeitanforderungen angepaßt werden. Die Zahl der zu bewältigenden Anträge ist recht stark.

Es darf erwartet werden, daß die Vertreter des Verbandes angesichts der enormen Kräfteanstrengung der Organisation auch ihrerseits an dem Ausbau des Verbandes nach Kräften mitwirken werden. Dazu wünschen wir den Verhandlungen des Verbandstages einen guten Verlauf.

Achtung, SPD-Metallarbeiter!

Am Sonntag, 12. April, 7 Uhr, in den Gärten, Sophienstraße 14. Wichtige Sachverhaltungen aller SPD-Metallarbeiter. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig. Parteilosheit ist nicht gestattet.



Schlaflosigkeit

kehrt an Ihrer Gesundheit. Unruhvoll sehnen Sie sich allnächtlich umsonst nach erlösendem Schlaf. Schlürfen Sie morgens und abends das köstlich schmeckende kohlen-säure „Boesongetränk“! Gestärkt werden Sie sich jeden Morgen erheben, die Wohlthat eines tiefen Schlafes durchsonnen Ihnen den neuen Tag. Also nehmen Sie

Boeson-Fruchtsalz

dann leben Sie erst mit Pflaster und schlafen wie ein Murmeltier.

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich; wo nicht, wenden Sie sich an den Generalvertreter Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königgrätzer Strasse 95. Fernsprecher: Hasenbalde 5722 u. 9723.

Vom Recht der Koalitionen. Beiträge und Vertragsstrafen sind einlagbar.

Eine für alle am wirtschaftlichen oder politischen Verbandsleben interessierten Kreise recht beachtenswerte Entscheidung über den Inhalt des Koalitionsrechts wird in dem neuesten, jüngst erschienenen Bande der Sammlung der Reichsgerichtsurteile (Band 111, S. 199) veröffentlicht. Es handelt sich um die Frage, ob die Gewerkschaften, Beamtenverbände, Unternehmensvereinigungen und dergl. in rechtlich wirksamer Weise Mitgliederbeiträge oder Vertragsstrafen festsetzen und diese bei Leistungsverweigerung einlagern können.

Alle die genannten Vereinigungen sind sogenannte „Kampforganisationen“ im Sinne des § 152 Absatz 1 der Gewerbeordnung. Dieser bestimmt, daß Verabredungen und Vereinigungen von Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeitern zum Besten der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter erlaubt seien. Es war also hier für die Koalitionsfreiheit der gewerblich Tätigen und der Fabrikarbeiter statuiert. Dieser Bestimmung war indessen durch § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung ein Zusatz angefügt, der jedem Teilnehmer den Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei-

Kommunale Konferenz

heute, Freitag, den 9. April, abends 7 Uhr, im Stadtverordnetenversammlungssaal des Berliner Rathauses, Königstr.

Vortrag:

„Berliner Finanz- und Steuerpolitik. — Der diesjährige Haushaltsplan.“

Referent: Stadtoerordner Dr. Richard Cohnmann. — Diskussion. — Zur Teilnahme sind berechtigt: Die SPD-Stadt- und Bezirksverordneten, die Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder sowie alle anderweitig auf kommunalem Gebiete tätigen Mitglieder der Partei. Parteimitgliedsbuch ist Ausweis.

stellte und eine Klage oder Einrede aus solchen Verabredungen ausschloß. Hiernach war es also den Kampfverbänden unmöglich, rückständige Beiträge von ihren Mitgliedern einzuklagen oder von ihnen bei einem Verstoß gegen die Verabredung eine Vertragsstrafe beizutreiben.

Das Reichsgericht hatte nun die Frage zu entscheiden, ob diese Bestimmung noch in Kraft sei. Die Koalitionsfreiheit wird jetzt im weitesten Maße durch Artikel 159 der Reichsverfassung gewährleistet. „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig“, sagt die Verfassung. Ist § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung eine solche Maßnahme, durch die die Koalitionsfreiheit eingeschränkt oder behindert wird, und ist daher seine Geltung durch Artikel 178 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben?

Man kann der Ansicht sein, daß der Begriff der Vereinigungsfreiheit oder Koalitionsfreiheit lediglich das Recht mehrerer Personen zum Zusammenschluß zur Erreichung der im Artikel 159 der Reichsverfassung genannten Zwecke darstellt. Dann wäre es dem einzelnen völlig freigestellt, ob er einer solchen Vereinigung beitreten und wenn er aus ihr wieder austreten will.

Demgegenüber steht indessen eine andere Ansicht — und diese macht das Reichsgericht sich zu eigen — wonach der Inhalt des Vereinigungsrechts sich nicht nur in dem Rechte des einzelnen erschöpft, sondern auch ein positives Recht der anderen auf Zusammen-schluß darstellt, woraus sich weitgehend ein Recht auf wirksame Durchführung des Zusammenschlusses ergebe. Das Reichsgericht sagt darüber:

„Ihren Wesen und Zweck nach muß diese Vereinigungsfreiheit der zum Verband zusammengeschlossenen Teilnehmer die weitere Befugnis in sich begründen, sie wirksam auszugestalten und zur rechtlichen Geltung zu bringen. Auch das fällt begrifflich in den Rahmen des der Organisation als solcher gewährleisteten Freiheitsrechts. Ihre Koalitionsfreiheit würde in Wahrheit unvollkommen und ein Schattenbild sein, wenn nicht auch das Recht der Gesamtheit der Teilnehmer geschützt wäre, die zur Durchführung des Koalitionsrechts erforderlichen Maßnahmen und Abmachungen zu treffen, zum Beispiel Vertragsstrafen gegen unbotmäßige Mitglieder festzusetzen und einzuklagen.“

Was hier von der Einlagung von Vertragsstrafen gesagt wird, gilt natürlich in gleichem Maße von Beitragsforderungen. Wenn die Reichsverfassung auch das Recht und die Freiheit des einzelnen in weitestem Maße schützt und es vor unbedingten Eingriffen der staatlichen Macht bewahren will, so ordnet sie doch niemals — und darin liegt ihr höher ethischer Wert — das Recht der Allgemeinheit dem des einzelnen unter (verg. auch Artikel 153, 163 der Reichsverfassung). Wo es das Allgemeinwohl erfordert, muß das Wohl des Individuums zurückstehen; und so muß auch hier die Entscheidungsmacht des einzelnen sich Beschränkungen unterwerfen lassen, damit die Vereinigungsfreiheit der Allgemeinheit sich wirksam entfalten kann.

Würde man die entgegengekehrte Auffassung haben, so ergäbe sich auch — worauf das Reichsgericht weiter kurz hinweist — der eigenartige Zustand, daß zwei Arten der Koalitionsfreiheit beständen. Die eine, die der gewerblichen Kampforganisationen, unterstände der Regelung des § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung, während die andere, allein auf Artikel 159 der Reichsverfassung beruhend, dieser Bestimmung nicht unterworfen wäre. Dadurch wären aber zwei Klassen von Vereinigungsberechtigten geschaffen, und dies wäre, als dem Grundlag von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger widersprechend, verfassungswidrig.

Es ist also nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts durch Artikel 159 der Reichsverfassung der § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung als eine die Vereinigungsfreiheit einschränkende Maßnahme aufgehoben. Es steht demnach den Kampforganisationen das Recht zu, Mitgliederbeiträge und Vertragsstrafen festzusetzen und diese im Klagewege gegenüber säumigen oder widerstrebenden Mitgliedern geltend zu machen.

Die Arbeitsunfälle in Sowjetrußland.

Fälsche statistische Angaben.

Nach wie vor bilden die Unglücksfälle in den Fabriken einen wunden Punkt des sowjetrußischen Arbeiterlebens. So teilt das offizielle Organ der russischen Gewerkschaftsverbände „Trud“ vom 4. März mit, daß in den letzten 15 Monaten in R. s. w. ein ständiges Anwachsen der Konflikte zwischen Arbeitern und den Fabrikleitungen zu verzeichnen ist. Die Zahl dieser Konflikte ist sechsmal größer als im vorigen Jahr. Unter den Ursachen der Konflikte spielt die größte Rolle die völlige Außerachtlassung der Schutzmaßnahmen, so daß die Zahl der Unglücksfälle im Vergleich zum vorigen Jahr sich verdoppelt hat.

Symptomatisch ist auch die Meldung derselben Zeitung vom 20. Februar. Es ergibt sich, daß die wirkliche Zahl der Unfälle von den Fabrikleitungen verheimlicht wird. So wurden für das Jahr 1925 in Saratow 1004 Unfälle angegeben, während sich die Zahl in Wirklichkeit auf 2300 belief. Die Fabrikleitungen verwalten eigenmächtig die Versicherungssummen und treffen mit den verunglückten Arbeitern private Abmachungen. So ist festgestellt worden, daß in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Dezember 1925 die Fabrikleitungen es in 1063 Fällen verheimlicht haben, daß den Verunglückten aus den Versicherungsummen Auszahlungen gemacht worden sind. Der „Trud“ ist der Ansicht, daß diese Tatsachen zu einer ungläubigen Erhöhung der nervösen Krankheiten als Folge von Unfällen führen. In manchen Fabriken ist fast die Hälfte der Arbeiter als verunglückt bezeichnet. So sind z. B. in der Fabrik „Demin“ bei 782 Arbeitern 328 Unfälle registriert, in der Fabrik „Mitarbeiter der Revolution“ bei 480 Arbeitern 212 Unfälle.

Diese Zustände haben der „Trud“ Veranlassung gegeben, recht scharfe Ausdrücke gegenüber dem Volkskommissar für Gesundheitswesen, Semaschko, zu gebrauchen. Sie fragt ihn, wie die Versicherungsummen verausgabt werden. U. a. heißt es da: „Stimmt es, wie böse Zungen behaupten, daß die deutschen Krankenkassen, die ihren Mitgliedern durchaus keine schlechte medizinische Hilfe leisten, zwei bis zweieinhalbmal weniger verausgaben als die Summen ausmachen, die auf die gleiche Anzahl von Versicherten von den Versicherungskassen der Sowjetrepublik für den Zweck bestimmt werden?“

Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften Unwahrheiten behauptet oder gegen ihren eigenen Volkskommissar Verleumdungen in die Welt setzt. Was meinen die Leiter der „Roten Schube“ dazu, aber wünschen sie trotz alledem in der Haut des russischen Arbeiters zu stecken? Aber sie erfahren ja von alledem nichts.

Mussolini's Idealgewerkschaften.

(S. 2.) Kürzlich behandelte der italienische Senat das gewerkschaftliche Zwangsrecht, das die Kammer bereits vor Monaten beschlossen hatte; in der Reihe der überfachlichen Besätze vielleicht das erbärmlichste. Mussolini hatte dabei die Freiheit, das unreaktionäre Gesetz ein „sehr klünes und revolutionäres“ zu nennen. Das Wesen des Faschismus tritt jedoch in anderen Bemerkungen noch klarer hervor. Mussolini rühmte dem „faschistischen Syndikalismus“ als die trefflichste Eigenschaft nach, daß die in den faschistischen „Gewerkschaften“ vereinte „Arbeiterkraft“ vollständig der Kontrolle der Regierung unterliege, d. h. eine Rasse sei, die Befehlskraft leiste“. Ein Beispiel: eine faschistische Gewerkschaft, die sich einen Akt der Selbständigkeit geleistet, d. h. einen „unzeitgemäßen Streit“ proklamiert hatte, ist sofort aufgelöst worden.

Gewerkschaften ohne Koalitionsrecht.

das ist das faschistische Ideal für die Arbeiter! Dann fuhr Mussolini fort und verherrlichte den Kapitalismus und die Kapitalisten. Genau so, wie es jeder Renegat und Emporkömmling tut, predigte er die „Harmonie der Klassen“, verflüchtete er die Allgewalt des Staates, um schließlich über die Schädlichkeit des Streiks zu schwätzen: „Mit dem Gesetz wird das Meer des Unglücks verlassen, um zum Ufer der Weisheit zu schreiten.“ Raffisch war der Senat begeistert, applaudierte und — nahm an.

Die Sportkaffe der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. s. w., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Albert Geiger und Frau
bis herzlichsten Glückwünsche zur
Silberhochzeit 43. Jahrestag

101. Abns. (Treptow) SPD.
Am 6. April verstarb plötzlich unser
alter, trauer Genosse, der Speditör

Albert Kehler
im Alter von 33 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen feilschen
Mitarbeiter und wackeren Kämpfer,
seiner besten Lebensart und Treue
zu Gattin Hedwig ihm ein Innerersehen.
Die Beerdigung findet im Krematorium Baumhulenschuleweg 104, 1056
sonntags 10. April 1926, vorm. 11 Uhr, im
Krematorium Gredischstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Graveure und Zifeleure!
Sonnabend, den 10. April, mittags
12 1/2 Uhr, im Zimmer 28 des Verbands-
bahnhofs, Clusenstraße 63/65:
Erwerbslosenversammlung
Es ist eines jeden organisierten Kollegen
Pflicht, an dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Mieten Sie von uns
Staub-sauger
„ORION“
Dieser ist in
Monaten
Ihr
Eigentum

P. Raddatz & Co.
Berlin W 66, Reichsigerstr. 122-123

Koff Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Forts 5 Pfennig.
Vorrätig
in allen Vorkaufs-
Ausgabestellen.

Kokspreise.
Am 8. April 1926 stellen sich die Kokspreise bei
Lieferung in Fuhren nicht unter 30 Zentner von jeder
Sorte „Frei Kehler“ wie folgt:

Sorte	je Zentner in Reichsmark
Gaskoks, groß und gebrochen	2.12
Berliner Schmelzkoks	2.14
Westfälischer Schmelzkoks	2.36
Eschweiler Schmelzkoks	2.32
Hammonia-Schmelzkoks	2.46
Oberschlesischer Schmelzkoks	2.21
Niederschlesischer Schmelzkoks	2.34
Sächsischer Härtenkoks	2.30
Koks ab Kirschanlage Stahndorf	2.81

Koks-Vereinigung Berlin 1925 G. m. b. H.

Landhaus
in der Gesamtanlage
das „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
schr billig!

Park an der Fabrik.

Wie man Bettlern ungenügend die geringen Kupferstücke hinwirft und sich schnell zurückdreht zu dem unterbrochenen Gespräch, damit die Bude nicht nach außen klappt und weitergeht —

warf der rote Mauerberg den armen Kindern diesen Feigen Wald noch hin. Und er glaubt, daß dieses Grün die Lungenfuchte lindert und die Augen stillen kann mit Baum und Buchgerinn.

Aber hier ist jedes Blatt schon angegriffen vom Zerfall und jeder Halm so wurzelkrank, daß im Mai die Knospen das Gefühl des Blühens vergessen und die Wiese einschrumpft vor Gestank.

Manchmal hockt noch eine Amsel auf dem Rücken braunen Strauches und verflucht die Brut. Und die Hänke ruh'n in Wolken giftiger Mücken und der Mond riecht nächstelng nach Blut.

Paul Zech.

In der Steppe.

Von Maxim Gorki.

Wir verlassen die Stadt in der allerstärksten Stimmung — hungrig wie die Wölfe und böse auf die ganze Welt. Während eines endlos langen Tages hatten wir alle unsere Talente und unseren ganzen Scharfsinn daran gewandt, irgend etwas zu stehlen oder zu verdienen — vergebens. Als wir uns schließlich überzeugten, daß weder das eine noch das andere gelingt, beschloßen wir, weiterzugehen. Wohin? Ganz egal — nur weiter.

Das war der einstimmig ausgesprochene Entschluß. Wir waren aber auch entschlossen, jenen Lebensweg weiterzugehen, auf dem wir schon lange gingen — das war von einem jeden von uns gleichfalls beschloßen; und wenn es auch nicht laut ausgesprochen wurde, so war es doch deutlich in dem finsternen Glanz unserer hungrigen Augen zu lesen.

Wir waren unserer drei, erst vor kurzem in Cherson in einer Kneipe am Inseper miteinander bekannt geworden.

Der eine war Soldat im Eisenbahnbataillon gewesen, später so etwas wie Begemeister an einer der Weichseisenbahnen, ein fuchser, muskulöser Mensch mit kalten grauen Augen. Er verstand Deutsch und besaß sehr genaue Kenntnisse des Gefängnislebens.

Unsern drei ist es nicht, viel von seiner Vergangenheit zu sprechen, er hat dazu seine mehr oder weniger triftigen Gründe; und darum glaubten wir alle einander — wenigstens taten wir so, denn in Wahrheit glaubte ich jeder von uns nicht einmal sich selbst.

Wenn der zweite, ein trockenes kleines Männchen mit dünnen, keppisch zusammengewachsenen Lippen, von sich behauptete, er sei früher einmal in Moskau Student gewesen, so nahmen der Soldat und ich das für Wahrheit. Im Grunde genommen war es uns ungeduldrig gleichgültig, ob er irgendwann einmal Student, Gerichtsdiener oder Dieb gewesen war. Wichtig war nur der Umstand, daß er zur Zeit unserer Bekanntschaft sich in der gleichen Lage befand wie wir: Hunger litt, der besonderen Aufmerksamkeit seitens der Polizei in der Stadt und des rechten Mißtrauens seitens der Bauern auf dem Lande sich erfreute, diese wie jene mit dem Haß des machtlosen, gehetzten hungrigen Tieres haßte, von blutiger Rache an allen und allem phantasierte — mit einem Wort: nach seiner sozialen Stellung zwischen dem Städter und dem Bauern und nach seiner ganzen Gemütsverfassung zu uns gehörte.

Unglück ist der stärkste Kitt für die Vereinigung von einander diametral entgegengesetzten Naturen, und wir alle waren fest überzeugt von unserem Recht, uns für unglücklich halten zu dürfen.

Der dritte war ich. Aus Bescheidenheit sage ich kein Wort über meinen Wert, und da ich nicht bald erscheinen will, schweige ich auch von meinen Fehlern. Als Material zu meiner Charakteristik will ich nur bemerken, daß ich mich stets für besser als andere hielt und bis auf den heutigen Tag bei dieser Ueberzeugung geblieben bin.

Wir verließen also die Stadt und gingen weiter, da wir noch auf Schachteln rechneten, bei denen man immer um ein Stück Brot bitten kann und die es vorüberziehenden Wanderern nur höchst selten verweigern.

Ich ging neben dem Soldaten, der „Student“ ging hinter uns. Auf seinen Schultern hing etwas, was an einen kurzen Männerrock erinnerte, auf dem spitzen, stumpfen, glattegehornten Kopf sah der Rest eines breittreppigen Hutes, graue Hosen mit den verschiedenfarbigsten Fäden umschlossen seine dünnen Beine, und an die Kollische hatte er mittels Bindfäden, der aus dem Futter seines Kostüms gedreht war, zwei am Wege gefundene Stiefelschäfte angebracht. Er nannte diesen Bau „Sandalen“. Der Soldat trug ein rotbaumwollenes Hemd, das er „eigenhändig“ in Cherson erworben haben wollte, über dem Hemd hatte er noch eine warme, wattierte Weste, auf dem Kopf sah eine Soldatenmütze von unbestimmter Farbe, um die Beine schlenkerten weite schmutzige Hosen; er war barfuß.

Ich war ähnlich angezogen und gleichfalls barfuß.

Wir gingen. Rund um uns dehnte sich die Steppe. Niesenhoft lang und breit, überdeckt von der blauen heißen Kuppel des unbewölkten Sommerhimmels, lag sie wie eine kolossale runde schwarze Schüssel da. Der graue staubige Weg zer schnitt sie in breite Streifen und brante uns an den Fäden. Stellenweise fanden sich borstenähnliche Striche abgemähnten Getreides, die eine seltsame Ähnlichkeit mit den lange nicht rasterten Wangen des Soldaten hatten.

Der Soldat ging und sang mit etwas heiserem Bass: ... und deine heilige Auferstehung preisen wir und loben wir ...

Während seiner Militärszeit war er so eine Art Ritter an der Bataillonskirche gewesen, daher wußte er eine ungeheure Menge von Lobesgedichten, Versen, Psalmen, deren Kenntnis er jedesmal mißbrauchte, wenn unsere Unterhaltung irgendwie ins Stocken geriet. Vor uns am Horizont erstanden Formen von welchen Umrisse und freundlichen Schattierungen, vom Hü bis zum jarten Rosenrot.

„Unzweifelhaft sind das die Gebirge der Krim,“ sagte der „Student“ mit trockener Stimme.

„Gebirge?“ rief der Soldat. „Das sind Wolken — einfach Wolken. Sieh nur, wie sie ausschauen! Wie Johannisbeermus mit Milch!“

Ich bemerkte dazu, daß es im höchsten Grade angenehm wäre, wenn die Wolken in der Tat aus Mus beständen würden; und das erwartete sofort unseren Hunger — das Uebel unserer Tage.

„Hol's der Teufel!“ schrie der Soldat und spuckte aus. „Wenn man doch bloß einer lebenden Seele habhaft würdel! Aber nein! Es wird so weit kommen, daß wir unsere eigenen Spoten saugen werden wie die Bären im Winter!“

„Ich sagte ja gleich, wir sollten durch bemohnte Gegenden marschieren,“ erklärte beschredend der „Student“.

„Was du schlau bist!“ höhnte der Soldat. „Was gibst's denn hier für bemohnte Gegenden? Der Teufel mag wissen, wo sie sind!“

Der „Student“ schwieg und laß die Lippen zusammen. Die Sonne ging unter, und die Wolken am Horizont spielten in den

Der Reklameheld.



„Die Welt soll für einige Minuten meine Stimme hören, damit sie sich überzeugt, daß sich ihr Klang nicht verändert hat. Ebenso wie ich versichern kann, daß mein Herz — trotz Matkeotki und Amendola — nicht schneller schlägt.“

verschiedensten, mit Worten nicht wiederzugebenden Farben. Es roch nach Erde und Salz. Und durch diesen trockenen, angenehmen Geruch wurde unser Appetit noch verstärkt.

Der Magen knurrte, eine sonderbare, unangenehme Empfindung, als ob die Säfte aus allen Muskeln des Körpers langsam herausfließen, verdampfen und dadurch die Muskeln ihre Spannkraft verlieren. Ein Gefühl stechender Trockenheit erfüllte die Mundhöhle und den Schlund, im Kopfe drehte sich alles, und vor den Augen flimmerten unausgesetzt dunkle Flecke. Blswellen nahmen diese Flecke die Gestalt rauchender Klumpen Fleisch, großer Stücke Brot an; die Erinnerung verließ diese „Bissen der Vergangenheit“ mit dem ihnen eigentümlichen Geruch, und dann war es, als ob im Magen ein Messer umgedreht würde.

Wir gingen, indem wir einander unsere Gefühle schilderten und scharf nach allen Seiten Umschau hielten, ob sich nicht irgendwo eine Schelherde bilden ließe, und horchten, ob nicht das durchdringende Knarren der zweiräderigen Tatzarenwagen zu hören wäre, auf denen man Früchte auf den Markt zu bringen pflegt.

Über die Steppe blieb leer und schweigsam.

Am Abend vorher hatten wir vier Pfund Schwarzbrot und fünf Wassermelonen gegessen und waren ungefähr vierzig Berst marschiert — die Zugabe entsprach also nicht der Einnahme! — und als wir auf dem Marktplatz der Stadt eingeschlafen waren, hatte uns der Hunger wieder erweckt.

Mit Recht hatte der „Student“ geraten, uns nicht schlafen zu lassen, sondern uns die Nacht hindurch zu beschäftigen. . . . irgend- wie . . . aber in anständiger Gesellschaft ist es nicht üblich, über Pläne zur Verletzung des Eigentumsrechts zu sprechen, und ich schweige lieber. Ich will nur wahr sein, und es liegt nicht in meiner Absicht, brutal zu werden. Ich weiß, daß die Menschen immer weicherziger werden in unseren hochkultivierten Tagen, und daß man sogar, wenn man seinem lieben Nächsten an die Kehle springt mit der offensbaren Absicht, ihn ins bessere Jenseits zu spedieren, — daß man sich sogar dabei bemüht, dies mit der größtmöglichen Liebendwürdigkeit und unter Beachtung aller für diesen Augenblick passenden Rücksichten zu tun. Die Erfahrungen, welche ich an meiner eigenen Kehle gemacht habe, veranlassen mich, diesen stillen Aufschwung zu registrieren und festzustellen, daß sich in dieser Welt alles entwickelt und vervollkommenet. Im speziellen wird dieser Fortschritt sinnfällig bekräftigt durch das stetige Wachstum der Gefängnisse, Kneipen und Bordelle. . . . (Fortsetzung folgt.)

Verjüngung und Zuchtverbesserung.

Von Otto Deizner.

Im Kampf gegen das Altern ist kein Stillstand eingetreten, wenn auch die Öffentlichkeit nur spärlich Nachrichten über Fortschritte und Wandlungen der Operations- und Anwendungsmethoden erhält. Einer von den wenigen, die auf diesem Gebiet wohl bekannt sind, ist der Pariser Biologe und Arzt Dr. Sergius Boronoff. Berühmt geworden dadurch, daß er durch Ueberpflanzung der Keimdrüsen von Affen bis alternde Menschheit zu „verjüngen“ trachtet. Damit nicht zufrieden, verlegt er nun sein Betätigungsfeld auch auf die Tierwelt, die ihm bisher nur Versuchsobjekte für die Prüfung der Methode lieferte. Boronoffs Methode ist rein anatomischer Natur. Er will Zuchtverbesserung beim Haustier schaffen. Sein Verfahren ist gleich dem des Wiener Physiologen Prof. Steinach Ueberpflanzung oder Transplantation. Nur geht Boronoff hierbei wesentlich anders vor. Prof. Steinach transplantierte die Keimdrüsen beim Versuchstier in das Bauchfell. Boronoff hingegen pflanzt in die unmittelbare Nähe der an ihrem Platz belassenen Keimdrüsen Teile der Keimdrüsen eines jungen Tieres ein. Die Transplante verwoachsen und treten in Funktion. Sondern Hormone ab, Stoffe, die zur Regulierung des gesamten Drüsenorgans mit beitragen, aber auch im ganzen Organismus eine wichtige Rolle spielen. Die Operation kann die Alterserscheinungen beheben, sie kann „verjüngen“, sie vermag außerdem bei jüngeren, noch geschlechtsreifen

Tieren eine Erhöhung der Keimdrüsenaktivität hervorzurufen. Auf ihr basiert die Zuchtverbesserung.

Das Schwinnen der Alterserscheinungen konnte man beispielsweise an einem Widder im Alter von zwölf Jahren, einem Tier mit allen Anzeichen greisenhaften Verfalls, beobachten. Seine Beine zitterten, seine Augen waren trübe, dürrig die Wollle und stellenweise ganz fehlend. Man pflanzte ihm die Keimdrüsen eines zweijährigen Widbers ein. Und bereits drei Monate später sah das senile Tier verwandelt aus. Kein Zittern der Beine, kein juchsender Eindruck mehr, dichtes Fell begann den Körper zu bedecken, die Areflußt kam wieder, der sexuelle Instinkt erwachte. Boronoff führt dies als ein Beispiel unter vielen an, die er an Widbern anstellte. Die Wollle der verjüngten Tiere ist nach sachmännischer Untersuchung von guter Beschaffenheit und steht an Menge hinter der junger Tiere keineswegs zurück. Zusammengefaßt ergibt also die Ueberpflanzung einer dritten Keimdrüse reichliche und lange Wollle, sie erhöht das Gewicht des Tieres und die Menge des Fleisches, verlängert die Zeit, in der die Tiere Wollle liefern können.

Wollle brauchen alle Länder. Fast kein Land besitzt aber jowiel, um den Bedarf zu decken. So besitzt z. B. Frankreich etwa 27 1/2 Millionen Schafe und muß dennoch für 2 Milliarden Wollle in England kaufen. Außer England mit seinen Dominions weisen nur Rußland (nach früheren Statistiken), die Vereinigten Staaten und Argentinien genügenden Schafbestand auf. Die meisten Länder haben also Verbesserung nötig. Bodenbeschaffenheit und Bearbeitung begrenzen die Zahl des Kleinviehs in Europa. Die Zahl der Schafe kann nicht erhöht werden. Aber ihre Qualität kann es, meint Boronoff. Von ihm wird das Fleisch- und Wollertrag durch Transplantation steigern. Alle drei oder vier Monate offen Kammern einer Herde müßten operiert werden. Schon 1 1/2 oder 2 Jahre alt, würden sie weiches Fell und längere Wollle liefern. Die Vererbung sollte die Erhaltung dieser erworbenen Eigenschaften bei den Nachkommen besorgen. Das aber ist der springende Punkt. Denn die Mehrzahl der Vererbungsforscher lehnt diese Art der Vererbung ab, obwohl andererseits namhafte Biologen durch gezielte Experimente das Gegenteil bewiesen. Boronoff glaubt an die Vererbung erworbenener Eigenschaften und denkt daran, sie bei der folgenden Generation durch neuerliche Transplantation zu festigen. Durch Kreuzung innerhalb der Vererbungs-generationen und durch Operationen mehrere Geschlechter fort werden dann die Eigenschaften konstant. So erhält man Widder mit vorzüglicher langer Wollle, die ihre Eigenschaften vererben können. Diese Zuchtwidder müßten unter die Herden jeder Gegend verteilt werden und würden sich hier fortpflanzen. Boronoff spricht auch von Anwendung dieser Methode beim Rindvieh, bei Geflügel, bei Schweinen. In manchen Kolonien ist der Gebrauch des Pfuges noch unbekannt. Es fehlt an Zugtieren. Ihre Einführung aus anderen Erdteilen scheitert an der undurchführbaren Akklimatisierung. Unterernährung der eingeborenen Bevölkerung ist in diesen Gebieten Regel. Es herrscht Not an Fleischnahrung. Kindersterblichkeit und mangelnder Bevölkerungszuwachs sind vor allem auf die Unterernährung zurückzuführen. Die Viehzucht ist daher von großer Bedeutung für die Kolonien. Die Ueberpflanzung der Keimdrüsen, die das Wachstum reguliert, könnte im Verein mit überpflanzten Keimdrüsen viel bewirken. Die eingeborenen Kinder würden ihren Wuchs erhöhen, ihre Energie, ihre Muskelkraft, ihr Zeugungsvermögen sich steigern.

Boronoff beschäftigt als Direktor des Laboratoriums für experimentelle Chirurgie des Collège de France bereits mehrere Tierärzte, um die neue Zuchtverbesserungsmethode in den Kolonien zur Anwendung zu bringen. Das Generalgouvernement von Algier hat Boronoffs Vorschlag, drei Generationen von Schafen hintereinander zu transplantieren, angenommen. Diese Arbeit wird 5 bis 6 Jahre benötigen.

Die Vermittlung des Boronoffschen Verfahrens veröffentlicht zweifache Perspektiven: Einmal die wirtschaftliche Hebung in vielen Gebieten, andererseits aber auch die Möglichkeit, den theoretischen Kampf um die Vererbung erworbenener Eigenschaften durch einen praktisch gewonnenen Beleg der Entscheidung näherzubringen.

Ein unphilosophischer Philosoph.

(Zu Bacons 300. Todestage, dem 9. April.)

Jacob Burckhardt mocht an einer Stelle seines „Cicerone“ dem Maler Perugino den Vorwurf der Unehrlichkeit, weil er die frömmsten Madonnaenbilder malte, obgleich es nach den Angaben der Zeitgenossen mit seiner Religion nicht sehr gut bestellt war. Mit viel größerem Recht hat man immer wieder gegen Francis Bacon, den großen Philosophen, der die moderne Wissenschaft begründete, den Vorwurf erhoben, daß zwischen seinem Leben und seiner Lehre ein tiefer Zwiespalt kalle. Dieser geniale Denker und umfassende Gelehrte war ein skrupelloser Streber, der sich durch Unanständigkeit, Kriecherei und Heuchelei den Weg zu den höchsten Staatsstellen bahnte, und als er schließlich als Großkanzler Englands alle seine eigennützigen Wünsche befriedigt hatte, folgte der schreckliche Sturz von der Höhe, da ihm Beförderungen nachgewiesen wurden, so daß er den Rest seines Lebens in Verbannung und Zurückgezogenheit verbringen mußte. Besonders Macaulay ist in seinem Essay über Bacon mit ihm sehr streng ins Gericht gegangen. „Hätte er nicht mit den bedenklichen Mitteln nach äußerer Macht und Ehre gestrebt,“ sagt er, „würde Bacon nicht bloß einen großen, sondern auch einen fiederklosen Namen hinterlassen haben. Wir würden dann nicht genötigt sein, seinen Charakter mit einer Mischung von Verachtung und Bewunderung, von Abneigung und Dankbarkeit zu betrachten, wir würden dann nicht bedauern, daß es so viele Beweise der Enge und Selbstsucht eines Herzens gibt, das gleichwohl alle Stämme und alle Zeitalter umfaßt. Wir würden dann nicht über die Falschheit des lebensgeschichtlichen Verebrers der Wahrheit, über den Anachismus des kühnsten Vorkämpfers geistiger Freiheit zu erröten haben. Wir müßten dann nicht zugeben, daß der, der zuerst die Weggebung als Wissenschaft behandelte, in den letzten Engländern gehörte, welche die Folter anwandten; daß der, welcher zuerst die Philosophen zu dem großen Wert der Erforschung der Natur aufbot, die Berechtigtheit verwarf. Und wir würden uns nicht wie jetzt von dem bunten Schauspiel so vielen Ruhmes und so vieler Schande mit Abscheu wegwenden.“

Es sind Bacon gegen solche Verurteilung bereits Vertheidiger erstanden, so besonders in Runo Fischer, und zweifellos sind die Handstücke, mit denen der liberale Historiker des 19. Jahrhunderts die Verdächtigungen des großen Mannes maß, sehr verschieden von denen, nach denen das Zeitalter der Renaissance die Menschen beurteilte. Ein solcher Renaissance-mensch, ungeheuer in seinem Wirken und Denken, aber auch maßlos in seinem Fehlen, ist Bacon gewesen. So unbegreiflich war die Kühnheit seines Denkens und die Schärfe seiner Beobachtungsgabe, daß man sogar aus den absurden Gedanken kommen konnte, ihm neben dem Ruhm des größten Philosophen seiner Zeit auch noch den des größten Dichters zuzuerkennen und ihm Shakespeares Dramen zuzuschreiben. Aber die Poetik lag dem kühnen Rechner fern. Bis zum letzten Atemzuge ist er der unerbittliche Forscher der Natur, der große Apostel des Experimentismus gewesen. In dem kalten Frühjahr 1626, als noch Schnee lag, wollte er erproben, wie weit der Schnee tierische Stoffe vor Fäulnis bewahren könne; er tauchte sich einen Vogel und kopfte ihn eigenhändig mit Schnee aus. Dabei holte er sich eine Erkältung, die ihn aufs Sterbelager warf. Aber noch in seinem letzten Brief, den er mit Fingern schrieb, die, wie er sagte, keine Feder halten konnten, erwähnte er voll Stolz, daß der Versuch mit dem Vogel „ausgezeichnet gelungen“ sei.

